



**30 JAHRE KAN**

# Inhalt



© Tom Maelisa

## Titel

- 04 30 Jahre Kommission Arbeitsschutz und Normung

## Themen

- 06 Rechtsgutachten der KAN zur Normung im Arbeitsstätten- und Bauordnungsrecht
- 08 Die KAN positioniert sich zum Instrument der Common Specifications
- 09 Viel Lärm um die Akustiknorm ISO 1999
- 10 Drei Fragen an ... Ilka Wölfle, Direktorin der Deutschen Sozialversicherung Europavertretung
- 11 Prävention von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten in Italien



© pixelkorn - stock.adobe.com



© aboutmementimages - stock.adobe.com

## 13 Kurz notiert

CEN und CENELEC lassen sich weiter in Arbeitsschutzfragen beraten

DIN richtet Technical Coordination Board ein

Neues Format bei ISO: Open Consultation

EU-Splitter

## 40 Termine

### Immer auf dem neuesten Stand:



KAN\_Arbeitsschutz\_Normung



Kommission Arbeitsschutz und Normung (KAN)



KAN – Kommission Arbeitsschutz und Normung



© stock.adobe.com



**Peer-Oliver Villwock**

Vorsitzender der KAN  
Bundesministerium für  
Arbeit und Soziales

## Gemeinsam stark: 30 Jahre KAN

1989 hat die Europäische Union ihre Mitgliedstaaten aufgefordert, „den Sozialpartnern auf nationaler Ebene eine Einflussmöglichkeit bei der Erarbeitung harmonisierter Europäischer Normen zu eröffnen“. Deren Stellenwert für die Produktsicherheit begann damals in vielen Bereichen zu wachsen. Gleichzeitig hatten Staat und gesetzliche Unfallversicherung in Deutschland das gemeinsame Interesse, sich den Regelungsspielraum beim betrieblichen Arbeitsschutz freizuhalten, den die Arbeitsschutzrichtlinien ihnen einräumten. Beides waren wesentliche Auslöser dafür, dass sie in Deutschland 1994 die Kommission Arbeitsschutz und Normung ins Leben gerufen haben.

Damals wie heute treffen sich Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Bund und Länder sowie die gesetzliche Unfallversicherung in der KAN auf Augenhöhe und wirken als Arbeitsschutzkreise unter anderem über das KAN-Mitglied DIN mit einer Stimme auf die Normung ein. Längst bezieht die KAN regelmäßig auch Hersteller, Verbände, Behörden und weitere Akteure in ihre Meinungsbildung ein und ist nicht nur in Deutschland, sondern auch im europäischen und internationalen Ausland eine bekannte und geachtete Größe. Waren es zu Beginn vor allem klassische Produktsicherheitsnormen, mit denen sich die KAN beschäftigt hat, stehen heute vielfältige neue Themen und normungspolitische Entwicklungen im Fokus: von künstlicher Intelligenz über Klimawandel und Kreislaufwirtschaft bis hin zur Revision der EU-Normungsverordnung. Angesichts dieser Herausforderungen bleibt die KAN für die deutschen Arbeitsschutzkreise auch künftig als Beobachterin, Moderatorin und gemeinsames Sprachrohr unentbehrlich. «

# 30 Jahre Kommission Arbeitsschutz und Normung

Anlässlich ihres 30-jährigen Bestehens hat die KAN am 13. November zum Fachsymposium „Arbeitsschutz und Normung zwischen globaler Harmonisierung und nationalen Interessen“ nach Berlin geladen. In zwei Impulsvorträgen sowie anschließenden Podiumsdiskussionen standen insbesondere die geopolitischen Herausforderungen für Arbeitsschutz und Normung im Fokus.

Dr. Stefan Hussy, Hauptgeschäftsführer der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV), begrüßt als Gastgeber die rund 120 Gäste am Berliner DGUV-Standort. Dabei unterstreicht er, dass die KAN für die DGUV von besonderem Wert ist: Einerseits, weil sie den Überblick wahrt bei all den Normen, die den Arbeitsschutz betreffen. Und andererseits, weil sie die Interessen des Arbeitsschutzes in Normungsvorhaben und Normungspolitik einbringt.

Insbesondere auf dem internationalen politischen Parkett hat die Normung in den vergangenen Jahren zunehmend Aufmerksamkeit erfahren. Einzelne Staaten sehen in der Normung ein strategisches Instrument politischen und wirtschaftlichen Handelns und greifen dementsprechend lenkend in das Normungsgeschehen ein, um ihre nationalen und volkswirtschaftlichen Interessen zu verwirklichen. Welche Herausforderungen insbesondere die geopolitischen Entwicklungen für die Normung mit sich bringen, erläutert Christoph Winterhalter, Vorstandsvorsitzender des Deutschen Instituts für Normung (DIN), in seinem Impulsvortrag, mit dem er den ersten Veranstaltungsteil einleitet.

Beim anschließenden Panel diskutiert Christoph Winterhalter mit Gisela Eickhoff (Harting Stiftung & Co. KG), Thomas Fischer (Deutscher Gewerkschaftsbund – DGB), Oliver Schollmeyer (Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände – BDA) sowie Dr. Thomas Zielke (Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz – BMWK). Weitgehend Einigkeit herrscht über die immer noch zentrale Rolle Deutschlands in der Normung auf ISO-Ebene. Deutschland sei gut aufgestellt in der internationalen Normung, sagt Thomas Zielke. „Wir stellen 15 bis 18 Prozent der Experten in diesen Gremien.“ Gewerkschaftsvertreter Thomas Fischer ordnet aber ein: Gerade bei den gesellschaftlichen Interessengruppen und den Gewerkschaften fehlten in Anbetracht der Intransparenz und mangelhaften Zugänglichkeit der Normung die Ressourcen für eine umfassende Beteiligung, vor allem wenn der Schauplatz jetzt zunehmend auch noch internationalisiert werden sollte.

Die Auswirkungen der zunehmenden Internationalisierung der Normung und die möglichen Risiken für den Arbeitsschutz stehen im Mittelpunkt des zweiten Veranstaltungsteils. In seinem Impulsvortrag wirbt Peer-Oliver Villwock (Bundesmi-



Christoph Winterhalter (DIN), Gisela Eickhoff (Harting Stiftung & Co. KG), Thomas Fischer (Deutscher Gewerkschaftsbund – DGB), Oliver Schollmeyer (Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände BDA), Dr. Thomas Zielke (Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz – BMWK) und Britta Ibal (DGUV)



Peer-Oliver Villwock, Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Vorsitzender der KAN

nisterium für Arbeit und Soziales – BMAS), Vorsitzender der KAN, für die weitere europäische und internationale Vernetzung der KAN. In der folgenden Podiumsdiskussion mit Séverine Brunet (Institut national de recherche et de sécurité (INRS), Frankreich), Marcus Hussing (DGUV), Dr. Sebastian Schneider (Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB), alternierender KAN-Vorsitzender) sowie Kai Schweppe (Unternehmer Baden-Württemberg (UBW), alternierender KAN-Vorsitzender) bekräftigt Peer-Oliver Villwock: „Viele Länder beneiden Deutschland darum, dass wir in der KAN alle relevanten Interessen abbilden“. Die Teilnehmenden der Diskussionsrunde sind sich einig, dass der Arbeitsschutz in und gegenüber der Normung in Deutschland mit der KAN und den Grundsätzen zur Normung im Arbeitsschutz gut aufgestellt ist. Das erfordert aber eine kontinuierliche strategische Weiterentwicklung der Aktivitäten, um die Interessen des Arbeitsschutzes auch künftig in der nationalen und internationalen Normung erfolgreich zu vertreten.

Tim Sausen  
sausen@kan.de

Sonja Miesner  
miesner@kan.de



Peer-Oliver Villwock (BMAS), Séverine Brunet (Institut national de recherche et de sécurité – INRS, Frankreich), Kai Schweppe (Unternehmer Baden-Württemberg – UBW), Dr. Sebastian Schneider (Deutscher Gewerkschaftsbund – DGB), Marcus Hussing (DGUV), Britta Ibald (DGUV)

# Rechtsgutachten der KAN zur Normung im Arbeitsstätten- und Bauordnungsrecht

An der Schnittstelle zwischen der Normung im Bereich des nationalen Bauordnungsrechts und dem nachgeordneten Regelwerk des nationalen Arbeitsstättenrechts einschließlich der dafür relevanten Normen können Überschneidungen und Konflikte auftreten. Die KAN hat ein Rechtsgutachten veröffentlicht, welches dieses Spannungsfeld beleuchtet.

Bauliche Anforderungen an Arbeitsstätten sind in Deutschland vorrangig im Arbeitsstätten- und im Bauordnungsrecht festgelegt. Beide Rechtsgebiete verfolgen eine unterschiedliche Zielsetzung: Während das Arbeitsstättenrecht der Sicherheit und dem Schutz der Gesundheit der Beschäftigten beim Errichten und Betreiben von Arbeitsstätten dient, verfolgt das Bauordnungsrecht allgemein das Ziel der Gefahrenabwehr bei baulichen Anlagen. An den Schnittstellen der beiden Rechtsbereiche können sich ggf. Widersprüche ergeben. Aus Sicht des Arbeitsstättenrechts gibt es insbesondere in folgenden Bereichen Berührungspunkte zum Bauordnungsrecht: Brandschutz, Fluchtwege, Verkehrswege und Bewegungsflächen, Beleuchtung/Tageslicht, Barrierefreiheit, Lärm/Schallschutz und Belüftung.

Sowohl im Bereich des Arbeitsstättenrechts als auch des Bauordnungsrechts gibt es ein nachgeordnetes Regelwerk, wie Technische Regeln für Arbeitsstätten (ASR) oder Technische Baubestimmungen. Solche konkreten Vorgaben sind unverzichtbare Leitlinien für diejenigen, die Gebäude planen und errichten. Aufgrund ihrer Konkretheit spielen technische Regeln und Normen in der Praxis eine zentrale Rolle.

Immer mehr technische Normen (etwa zu Planung, Bau und Inbetriebnahme) betreffen bauliche Anlagen, die als Arbeitsstätte dienen und in denen daher sowohl das Bauordnungs- als auch das Arbeitsstättenrecht zu beachten ist. Beispiele hierfür sind Schulen, Laboratorien, Kläranlagen, Feuerwehrehäuser, Rettungswachen oder auch die Barrierefreiheit von Gebäuden und Sportstätten. In der Normung von Bauwerken kommt es jedoch immer wieder vor, dass nationale Regelungen und Vorschriften zum Arbeitsschutz nicht berücksichtigt werden, da in den Gremien häufig nicht aus beiden Rechtsbereichen Fachleute mitarbeiten. Dies kann dazu führen, dass sich die Anforderungen in Normen von den nationalen Arbeitsschutzvorschriften unterscheiden oder ihnen gar widersprechen.

## Rechtsgutachten der KAN

Um das beschriebene Spannungsfeld genauer zu betrachten, hat die KAN ein juristisches Gutachten<sup>1</sup> vergeben. Darin wurde systematisch untersucht, wo es Überschneidungen oder Kollisionen zwischen den beiden Rechtsbereichen gibt und wie diese rechtlich einzuordnen sind. Insbesondere wird dargelegt, welche rechtlichen Folgen sich für die Normanwender (z.B. Arbeitgeber, Bauherren, Architekten/Planer) ergeben, wenn Bauordnungsnormen mit nationalen Arbeitsschutzregelungen (wie z.B. ASR, DGUV-Vorschriften) oder Normen, die Anforderungen an Arbeitsstätten beinhalten, kollidieren.

Das Gutachten verdeutlicht, dass das Problem nicht übereinstimmender Anforderungen vor allem auf den nachgeordneten Regelungsebenen besteht. Wie die Praxis zeigt, sind solche Kollisionen nicht die Regel. In den Einzelfällen, in denen sie dennoch auftreten, können sie jedoch insbesondere für die Anwendenden des Normen- und Regelwerks zum Teil weitreichende rechtliche Konsequenzen haben.

Gesetzliche Kollisionsregeln wie § 3a Abs. 4 ArbStättV, der anderen Rechtsvorschriften und insbesondere dem Bauordnungsrecht der Länder Vorrang einräumt, soweit diese über die Anforderungen der Arbeitsstättenverordnung hinausgehen, helfen zwar bedingt weiter. Häufig gibt es jedoch für Kollisionen technischer Normen aus dem Bauordnungs- mit technischen Regeln aus dem Arbeitsstättenrecht keine anwenderfreundliche und vor allem keine umfassend rechtssichere Lösung. Ob es eine Lösung gibt, hängt vor allem von folgenden Faktoren ab:

- der unterschiedlichen Rechtswirkung und -verbindlichkeit der Dokumentarten
- welche Dokumentenart die weitreichendere Anforderung aufstellt
- ob die kollidierenden Anforderungen miteinander unvereinbar sind



© pixelkorn – stock.adobe.com

- der praktischen und rechtlichen Relevanz von technischen Regeln und Normen (z.B. Werkvertragsrecht oder Fahrlässigkeitsmaßstäbe).

Auch das Einbeziehen der Behörden kann nicht in allen Fällen eine eindeutige Lösung möglicher Konflikte herbeiführen. Dies liegt daran, dass zum einen mehrere Behörden zuständig sind und zum anderen Arbeitsschutzbehörden in der Regel nicht verpflichtend in das Baugenehmigungsverfahren vor Errichtung der Arbeitsstätte einzubinden sind. Weiterhin entstehen bei der Frage nach einer möglichen Nachrüstung aufgrund geänderter Vorgaben vergleichbare rechtliche Unsicherheiten wie vor der Errichtung eines Gebäudes.

### Praxisrelevanz und rechtliche Folgen

In der Praxis des Bauwesens werden insbesondere technische Normen von DIN (unabhängig davon, ob sie rein national erarbeitet oder von internationalen oder europäischen Normungsorganisationen übernommen sind) ähnlich wie unmittelbar geltendes Recht verstanden und angewendet. Zudem haben sie in der Regel zivil- und strafrechtliche Bedeutung. Daher stellt ihre Kollision mit dem technischen Arbeitsschutzregelwerk Anwendende vor erhebliche Probleme. Dies sogar dann, wenn die technischen Normen nicht über ein Gesetz ausdrücklich in Bezug genommen wurden. Nur wenn es gar nicht erst zu Konflikten kommt, können die in der Praxis Verantwortlichen wie Bauherren, Architekten und Arbeitgeber die technischen Regeln und Normen uneingeschränkt anwenden, ohne rechtliche Risiken einzugehen.

Ein Auftrag der KAN ist es, ein praxisgerechtes, kohärentes und anwenderfreundliches Arbeitsschutz-Regelwerk zu unterstützen. Die Ergebnisse des Gutachtens sollen daher insbesondere bei der Gremienarbeit als Argumentationshilfe dienen und für noch mehr Kohärenz im Normen- und Regelwerk sorgen.

Das vollständige Rechtsgutachten finden Sie unter [https://www.kan.de/fileadmin/Redaktion/Dokumente/KAN-Studie/de/2024-12\\_KAN-Gutachten\\_Bauordnungs-und-Arbeitsstaettenrecht.pdf](https://www.kan.de/fileadmin/Redaktion/Dokumente/KAN-Studie/de/2024-12_KAN-Gutachten_Bauordnungs-und-Arbeitsstaettenrecht.pdf)



*Katharina Schulte  
schulte@kan.de*

1 Kanzlei Redeker Sellner Dahs: Gutachten zur Kohärenz des Regelwerks des nationalen Bauordnungs- und Arbeitsstättenrechts und dessen Bedeutung für die Normung (Link siehe Box)

# Die KAN positioniert sich zum Instrument der Common Specifications

Für den Fall, dass die europäischen Normungsorganisationen trotz bestehender Normungsaufträge keine harmonisierten Normen vorlegen oder diese unzureichend sind, hat die Europäische Kommission mit den Common Specifications eine Ausweidlösung geschaffen. Die KAN hat zu diesem Instrument ein Positionspapier veröffentlicht.

Common Specifications sind europäische Durchführungsrechtsakte<sup>1</sup>, die sicherstellen sollen, dass im Falle nicht vorhandener oder unzureichender harmonisierter Normen dem öffentlichen Interesse, wie beispielsweise dem Schutz der Sicherheit und Gesundheit, dennoch Genüge getan wird. Sie sind technische Spezifikationen, die in gleicher Weise wie Normen die Harmonisierung von Produktanforderungen zum Ziel haben.

In Anbetracht der Rolle von harmonisierten Normen im Binnenmarkt sollen Common Specifications jedoch lediglich als Ausweidlösung dienen. Die Kommission könnte dann auf sie zurückgreifen, wenn sie die europäischen Normungsorganisationen bereits aufgefordert hatte, eine entsprechende harmonisierte Norm zu erarbeiten, aber dieser Auftrag nicht angenommen worden ist, die gewünschte Norm nicht innerhalb einer gesetzten Frist erarbeitet worden ist oder die gelieferte Norm nicht dem Auftrag entspricht. Darüber hinaus darf es keine harmonisierte Norm geben, die die Anforderungen aus dem Normungsauftrag bereits erfüllt.

Bisher sind die grundlegenden Bedingungen zum Erlass von Common Spe-

cifications sowie Vorschriften zu ihrer Erarbeitung nur in verschiedenen sektorspezifischen Einzelrechtsakten zu finden, beispielsweise in der Maschinenverordnung<sup>2</sup> oder der Verordnung über Künstliche Intelligenz<sup>3</sup>. Einen horizontalen Regelungsrahmen zu diesem Instrument gibt es nicht. Die Einzelrechtsakte enthalten auch keine Hinweise darauf, wie genau die Europäische Kommission die technisch anspruchsvollen Common Specifications erarbeitet und wie sie die hierfür erforderliche Expertise sicherstellt.

## Die Position der KAN

Als Stimme des deutschen Arbeitsschutzes in und gegenüber der Normung vertritt die KAN daher folgende Position:

- In der Normungsarbeit bilden Regeln darüber, wie sich die für die Arbeit zuständigen Ausschüsse zusammensetzen, wie sich die betroffenen Kreise an der Normungsarbeit beteiligen können und durch welche Prozeduren die Arbeitsdokumente zur Veröffentlichung freigegeben werden, ein wichtiges Fundament. Aus Sicht der KAN sollten auch Common Specifications auf Grundlage klarer, rechtsverbindlicher Kriterien und innerhalb eines transparenten Verfahrens erarbeitet und erlassen werden.
- Um eine Fragmentierung und Inkohärenz des Normen- und Regelwerks zu verhindern, ist es erforderlich, die Voraussetzungen und das Verfahren zu Erarbeitung, Erlass und Veröffentlichung von Common Specifications in einem einzigen horizontalen Rechtsrahmen für alle Binnenmarktvorschriften verbindlich zu regeln.
- Von dem Instrument der Common Specifications sollte nur in Ausnahmefällen Gebrauch gemacht werden.

- Normen werden konsensbasiert und im Idealfall von denjenigen erarbeitet, die die Normen auch nutzen. So entsteht Vertrauen in das Endprodukt. An der Erarbeitung können sich zudem potentiell alle gesellschaftlichen Interessenträger, darunter auch der Arbeitsschutz, beteiligen. Zwar sieht auch das Verfahren zu Durchführungsrechtsakten eine gewisse Beteiligung von Interessenträgern vor. Da es sich allerdings bei Common Specifications um eine technisch anspruchsvolle Regelungsmaterie handelt, sollten auch hier bereits frühzeitig relevante Fachleute und alle betroffenen Kreise, inklusive gesellschaftlicher Interessenträger, mit ihrer Expertise einbezogen werden.

Bereits in der EU-Strategie für Normung<sup>4</sup> aus dem Jahre 2022 hat die Kommission erklärt, dass sie auf einen horizontalen Ansatz hinarbeite. Dieser soll Kriterien und Verfahren festlegen, wann und unter welchen Bedingungen die Kommission zum Erlass von Common Specifications ermächtigt werden kann. Es bleibt abzuwarten, wann und wie die Europäische Kommission sich dieses Arbeitsauftrags annimmt.

*Ronja Heydecke  
heydecke@kan.de*

*Katharina Schulte  
schulte@kan.de*

**KAN-Positionspapier zum Instrument der Common Specifications der Europäischen Kommission:** [www.kan.de/fileadmin/Redaktion/Dokumente/Basisdokumente/de/EU/KAN-Positionspapier\\_Common\\_Specifications.pdf](http://www.kan.de/fileadmin/Redaktion/Dokumente/Basisdokumente/de/EU/KAN-Positionspapier_Common_Specifications.pdf)



1 Nähere Informationen: [www.kan.de/publikationen/kanbrief/2/23/durchfuehrungsrechtsakte-ein-instrument-zur-einheitlichen-durchfuehrung-von-eu-rechtsvorschriften](http://www.kan.de/publikationen/kanbrief/2/23/durchfuehrungsrechtsakte-ein-instrument-zur-einheitlichen-durchfuehrung-von-eu-rechtsvorschriften)

2 <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:32023R1230>

3 [https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=OJ:L\\_202401689](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=OJ:L_202401689)

4 EU-Strategie für Normung, S. 6, <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52022DC0031>

# Viel Lärm um die Akustiknorm ISO 1999

Die ISO 1999 „Akustik – Bestimmung des lärmbedingten Hörverlusts“ aus 2013 wird aktuell überarbeitet. Die KAN hat dazu Stellung genommen, da einige der vorgeschlagenen Änderungen aus wissenschaftlicher Sicht nicht korrekt sind.

Die ISO 1999 enthält ein mathematisches Modell, mit dem zu erwartende Hörverluste für Menschen mit und ohne Lärmbelastung berechnet werden können. Für das Modell müssen zum einen der altersbedingte Hörverlust von Gruppen ohne Lärmbelastung bekannt sein und zum anderen der Hörverlust vergleichbarer Gruppen mit Lärmbelastung, die aber niemals Gehörschutz benutzt haben. Diese Werte wurden für das Modell statistisch aus verschiedenen Untersuchungen ermittelt. Bis einschließlich zur aktuell gültigen Version der ISO 1999 von 2013 bezog sich das Modell bei den verwendeten Hörverlusten für Gruppen ohne Lärmbelastung auf die ISO 7029 „Akustik; Luftleitungshörschwelle in Abhängigkeit von Alter und Geschlecht otologisch normaler Personen“ von 1984. Diese Norm basiert auf veröffentlichten Daten aus mehreren Studien, die gründlich geprüft wurden. Mit Hilfe dieser Studiendaten gelang es mit der ISO 1999 vor fast 35 Jahren, den reinen Lärmeffekt auf das Gehör im Modell so zu beschreiben, dass er auch für exponierte Gruppen vorhergesagt werden kann.

Mit der aktuellen Überarbeitung der ISO 1999 wurden für den altersbedingten Hörverlust Daten aus nur zwei Untersuchungen herangezogen. Aus Sicht der KAN sind diese jedoch ungeeignet: Der für das neue Modell zu Grunde gelegte natürliche Hörverlust für Gruppen ohne Lärmbelastung wird als niedriger als bisher eingeschätzt. Dies führt dazu, dass bei den Gruppen mit Lärmbelastung nach der Berechnung im neuen Entwurf der ISO 1999 die Wirkung des Lärms auf das menschliche Gehör höher eingeschätzt wird als nach dem bisherigen Modell. Demnach würde für lärmexponierte Gruppen schon eine jahrelange Lärmbelastung mit 80 dB zu einem zusätzlichen Hörverlust führen. Andere Studien haben jedoch gezeigt, dass eine Lärmbelastung gleich oder weniger als 80 dB(A) auch nach jahrelanger Exposition zu keiner erkennba-

ren Veränderung der Hörschwelle führt.

## Auswirkungen auf den Arbeitsschutz

Arbeitgeber müssen ab bestimmten Expositionsgrenzwerten und Auslösewerten Schutzmaßnahmen ergreifen. Bei der Ermittlung dieser Werte für die europäische Richtlinie zum Schutz der Arbeitnehmer vor der Gefährdung durch physikalische Einwirkungen (Lärm) (2003/10/EG) hat sich die Europäische Kommission auf die ISO 1999 von 1990 gestützt. Sollte der aktuelle Entwurf als Norm veröffentlicht und bei einer Überarbeitung der Richtlinie berücksichtigt werden, würden womöglich die Expositionsgrenzwerte und Auslösewerte deutlich abgesenkt werden. Bisher erfordert ein Tages-Lärmexpositionspegel von 85 dB Schutzmaßnahmen für Beschäftigte. Nach dem neuen Normentwurf müssten bereits bei 77 dB Schutzmaßnahmen getroffen werden – und das, obwohl es hierfür keine gesicherten wissenschaftlichen Erkenntnisse gibt. Dieser Wert kann unter Umständen schon bei der Verwendung eines Staubsaugers oder in

einer Flugzeugkabine überschritten werden. Beschäftigte müssten dann, sollten keine anderen Maßnahmen möglich sein, Gehörschutz tragen.

Die Absenkung der Werte könnte somit zu Schutzmaßnahmen führen, die aus wissenschaftlicher Sicht nicht erforderlich sind – mit Folgen für mehrere Beteiligte:

- Hersteller müssten ihre Produkte so umgestalten, dass sie weniger Lärm erzeugen.
- Arbeitgeber müssten früher technische, organisatorische oder persönliche Schutzmaßnahmen ergreifen.
- Beschäftigte müssten ggf. häufiger Gehörschutz tragen.

Arbeitgeber müssen die Gefährdungen der Beschäftigten bei der Arbeit beurteilen und entsprechende Maßnahmen ableiten. Dabei gilt das Prinzip, dass Maßnahmen angemessen, erforderlich und verhältnismäßig sein müssen. Mit den Änderungen in der Norm würden sie diesen Grundsätzen nicht mehr entsprechen.

## Stellungnahme der KAN

Die KAN hat im Sommer 2024 bei DIN eine Stellungnahme eingereicht, in der sie den aktuellen Entwurf der ISO 1999 ablehnt. Im September 2024 hat sich der nationale Spiegelausschuss gegen den aktuellen Entwurf der Norm positioniert und DIN bei ISO entsprechend abgestimmt. Ergebnis dieser internationalen Abstimmung war, dass der vorgelegte Entwurf abgelehnt wurde. Die Diskussionen auf internationale Ebene laufen jedoch noch und es ist offen, ob und in welcher Form ein überarbeiteter Entwurf veröffentlicht wird.

Dr. Anna Dammann  
dammann@kan.de



@dusanpetkovic1 - stock.adobe.com

# Drei Fragen an ... Ilka Wölfle, Direktorin der Deutschen Sozialversicherung Europavertretung

Ilka Wölfle spricht über die Aufgaben und aktuellen Themen der Deutschen Sozialversicherung Europavertretung (DSV), die die Interessen der Deutschen Renten-, Kranken-, Pflege- und gesetzlichen Unfallversicherung auf europäischer Ebene vertritt.



© Frank Nürnberg

## Was prägt Ihren Arbeitsalltag in der DSV und mit welchen Themen beschäftigen Sie sich?

Unser Büro liegt ganz in der Nähe der europäischen Institutionen, und genau da sitzen unsere wichtigsten Ansprechpartner. Eine unserer zentralen Aufgaben ist es herauszufinden, welche Gesetzesvorhaben in der Pipeline stecken und was die Europäische Kommission für die Zukunft plant. Dann müssen wir beurteilen, ob und inwieweit sich diese Vorhaben auf die Sozialversicherung auswirken können. Über persönliche Verbindungen in unserem großen Netzwerk versuchen wir dann, auf die politischen Entscheidungen Einfluss zu nehmen. Dazu sprechen wir immer wieder mit Politikern und bieten unsere Fachexpertise an, um sie bei der Entscheidungsfindung zu unterstützen.

Ein gutes Beispiel ist die Asbestexposition am Arbeitsplatz. Ende letzten Jahres wurde der Richtlinienvorschlag ver-

abschiedet, der den aktuellen Grenzwert im Dezember 2025 von derzeit 0,1 auf 0,01 Asbestfasern pro cm<sup>3</sup> herabsenken wird. Wir haben schon im Vorfeld mit der EU-Kommission und während des Gesetzgebungsverfahrens mit den Abgeordneten gesprochen, um zu erklären, was in der Praxis überhaupt umsetzbar ist. Uns war es vor allem wichtig, dass der neue Grenzwert mit den zur Verfügung stehenden Messmethoden überhaupt messbar ist. Dabei mussten wir die technischen Feinheiten und Details möglichst einfach und plausibel erklären, und das nicht nur auf Deutsch, sondern teilweise auch auf Englisch und Französisch. Die Mitgliedstaaten haben bis Dezember 2029 Zeit, um ihre Messmethoden anzupassen. Denn nach dieser Übergangsfrist soll für den Nachweis von Asbestfasern nur noch die Elektronenmikroskopie genutzt werden.

Wir tauschen uns natürlich auch regelmäßig mit unseren Trägern über alle relevanten Initiativen aus und stimmen für viele Themen Positionen ab. Es gibt Wochen, in denen ich an einem Tag über Fragen zum Arbeitsschutz und in den nächsten Tagen über Arzneimittel, Medizinprodukte, Chemikalien oder die soziale Absicherung von Plattformbeschäftigten spreche. Hinzu kommen viele Initiativen und Diskussionen, die aus dem demografischen, dem digitalen und dem grünen Wandel resultieren. Dazu gehört zum Beispiel die Frage, wie in einer älter werdenden Gesellschaft angemessene Einkommen im Alter sichergestellt werden können.

## Welche Berührungspunkte haben Sie mit dem Arbeitsschutz und der KAN?

Das Anliegen, den Beschäftigten sichere und gesunde Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen, verbindet uns mit der KAN. Wenn es etwa um Produktsicherheit geht, spielt die Normung eine wichtige Rolle. Aber auch bei anderen

Themen mit Arbeitsschutzbezug haben wir immer wieder Berührungspunkte zur Normung. So verfolgen wir gemeinsam die Entwicklungen im Bereich der künstlichen Intelligenz und haben uns in den letzten Jahren viel zur Änderung der EU-Maschinenverordnung ausgetauscht. Bei allen Initiativen der Europäischen Kommission, die sich auf den Arbeitsschutz beziehen, ist die Expertise der KAN sehr willkommen und wir sind froh darüber, mal eben zum Hörer greifen und die Geschäftsstelle anrufen zu können. Ich erinnere mich an viele Gespräche, als es vor einigen Jahren um die Bestrebungen auf europäischer Ebene ging, Normen für Gesundheitsdienstleistungen zu entwickeln. Da haben wir auch gemeinsame Aktivitäten entwickelt, um das Thema in eine richtige Richtung zu bringen. Unser regelmäßiger Austausch wird auch in dieser Legislaturperiode wichtig bleiben, denn die Evaluierung der Normungsverordnung beschäftigt nicht nur die KAN, sondern auch die DSV.

## Welche Rolle spielt die European Social Insurance Plattform (ESIP), in der Sie Vorstandsmitglied sind, für die deutsche Sozialversicherung?

Die ESIP vereint 45 Sozialversicherungsträger aus 17 europäischen Ländern unter einem Dach. Hier haben wir die Möglichkeit, uns untereinander auszutauschen und trotz unterschiedlicher Ausgestaltung der sozialen Sicherungssysteme gemeinsame Lösungen für Herausforderungen wie die Digitalisierung oder den Klimawandel zu finden. Zudem sind die europäischen Institutionen in Brüssel, insbesondere die EU-Kommission, vor allem an europäischen Meinungen interessiert. Deshalb bringen wir unsere deutschen Positionen in ESIP ein und versuchen dann, daraus gemeinsam mit unseren Partnern eine europäische Stimme zu formen. ESIP fungiert also als das Sprachrohr der Sozialversicherung in Europa.



Hören Sie das ausführliche Interview zur Deutschen Sozialversicherung Europavertretung mit Ilka Wölfle in Folge 19 des KAN-Podcasts.  
[www.kan.de/podcast](http://www.kan.de/podcast)

# Prävention von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten in Italien

Das INAIL ist ein zentraler Akteur des Arbeitsschutzes in Italien. Durch Sensibilisierungsmaßnahmen, technische Unterstützung, wirtschaftliche Anreize und die Überwachung von Risiken hat es ein Präventionssystem geschaffen, das von Institutionen über Unternehmen bis hin zu den Beschäftigten alle Beteiligten aktiv einbezieht.

Das italienische Arbeitsschutzinstitut INAIL<sup>1</sup> wurde ursprünglich als reine Versicherung gegründet. Die nicht gewinnorientierte Einrichtung hat jedoch im Laufe der Jahrzehnte ihren Aufgabenbereich deutlich erweitert und leistet einen wichtigen Beitrag zur Prävention von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten. Es bietet Informationen, Schulungen, Unterstützung und Beratung zum Thema Arbeitsschutz an, insbesondere für Kleinst-, Klein- und mittlere Unternehmen. Diese Aufgaben übernehmen verschiedene Fachkräfte, unter anderem aus den Bereichen Ingenieurwesen, Chemie, Biologie und Geologie. Sie prägen mit ihrem Fachwissen und ihren Fähigkeiten wesentlich die Präventionsarbeit des Instituts.

## Finanzierung und Anreize für Unternehmen

Das wohl wirksamste Instrument des INAIL zur Unterstützung von Unternehmen ist das Förderprojekt ISI<sup>2</sup>, in dessen Rahmen jedes Jahr mehrere hundert Millionen Euro für Projekte zur Verbesserung des Arbeitsschutzes zur Verfügung gestellt werden. Über ISI gewährt das INAIL beispielsweise Zuschüsse für die Anschaffung von sichereren Maschinen, die Verringerung von Risiken bei besonders gefährlichen Arbeiten, die Entsorgung asbesthaltiger Materialien sowie die Einführung von Arbeitsschutzmanagementsystemen und Organisations- und Managementmodellen (MOG). INAIL erstattet den Unternehmen 65 Prozent ihrer Ausgaben. Im Jahr 2023 wurde die Rekordsumme von 508 Millionen Euro ausgezahlt. Zudem gibt es verschiedene Fördermöglichkeiten für Ausbildungs- und Informationsprogramme.

Als weiteres Förderinstrument wird besonders sicheren Unternehmen ein Teil des Versicherungsbeitrags erlassen. Die gewährte Ermäßigung reicht von 28 Prozent für die kleinsten bis zu 5 Prozent für die größten Unternehmen. Über ein Bonus-/Malus-System können Unternehmen je nach Entwicklung des Unfallgeschehens weitere erhebliche Ermäßigungen erhalten, insgesamt bis zu 49 Prozent.



*Antonio Terracina  
Zentraler Koordinator  
für technische Beratung  
zu Sicherheit und  
Gesundheitsschutz  
INAIL*

### Förderung der Präventionskultur

Ein wesentlicher Pfeiler der Präventionsarbeit des INAIL besteht darin, durch Informationskampagnen, Schulungen und Fachpublikationen die Sicherheit am Arbeitsplatz zu fördern. Die vom INAIL konzipierten Schulungen richten sich unter anderem an Führungskräfte, Berater und Arbeitnehmervertreter und beruhen auf dem Konzept des lebenslangen Lernens. Das Institut arbeitet außerdem mit Schulen, Universitäten und anderen Bildungseinrichtungen zusammen, um Wissen über spezifische berufsbedingte Risiken und Maßnahmen zu deren Minderung zu vermitteln.

### Unterstützung und Beratung

In Zusammenarbeit mit Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften bietet das INAIL insbesondere für mittlere, kleine und Kleinstunternehmen technische und fachliche Unterstützung, Beratung zu betrieblichen Abläufen und Anregungen für technische Innovationen im Bereich des Arbeitsschutzes. Zudem unterstützt das Institut Unternehmen, indem es bewährte Praktiken und Leitlinien fördert und validiert und branchenspezifische Leitlinien für die Einführung von Arbeitsschutzmanagementsystemen und den dazugehörigen Organisations- und Managementmodellen erarbeitet.

Besonders zu erwähnen sind fachspezifische Arbeitshilfen sowie Apps zur Bewertung und Minderung von Risiken, wie z. B. das Instrument VPS, mit dem Unternehmen die Qualität von Arbeitsschutzmaßnahmen selbst bewerten können, oder ein kostenfrei auf der INAIL-Website verfügbares Programm, das berechnet, was die Nicht-Sicherheit kostet (CO&SI)<sup>3</sup>.

### Forschung, Normung und weitere Aktivitäten

Zahlreiche weitere Aktivitäten des INAIL tragen zur Verhütung von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten bei. Mit wissenschaftlicher Forschung fördert es die Einführung innovativer Sicherheitstechnologien in den Unternehmen: Studien und Forschungsarbeiten beleuchten neue Risiken in der Arbeitswelt, zum Beispiel im Zusammenhang mit neuen Technologien, gefährlichen Chemikalien, neu auftretenden Berufskrankheiten oder veränderten Arbeitsumgebungen.

Erwähnenswert ist auch die Betreuung und informationstechnische Verwaltung des Nationalen Informationssystems für die Prävention (SINP)<sup>4</sup>. Es vereint zahlreiche Institutionen und Personen, die mit der Prävention und Überwachung befasst sind und soll nützliche Daten zur Planung, Umsetzung und Bewertung der Wirksamkeit von Präventionsmaßnahmen liefern.

INAIL ist auch international aktiv: Es fungiert als nationaler Focal Point der Europäischen Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (EU-OSHA) und pflegt Verbindungen zur Internationalen Vereinigung für Soziale Sicherheit (IVSS). Über 130 Fachleute von INAIL arbeiten in über 250 nationalen und internationalen Normungsgremien mit und machen das Institut damit zu einem der wichtigsten Mitglieder der nationalen Normungsorganisation UNI. Zudem ist INAIL Fördermitglied der italienischen Akkreditierungsstelle Accredia.

1 [www.inail.it/portale/it/multilingua/deutsch.html](http://www.inail.it/portale/it/multilingua/deutsch.html)

2 [www.inail.it/portale/prevenzione-e-sicurezza/it/prevenzione-e-sicurezza/finanziamenti-per-la-sicurezza/incentivi-alle-imprese/bando-isi-2023.html](http://www.inail.it/portale/prevenzione-e-sicurezza/it/prevenzione-e-sicurezza/finanziamenti-per-la-sicurezza/incentivi-alle-imprese/bando-isi-2023.html)

3 [www.inail.it/portale/prevenzione-e-sicurezza/it/come-fare-per/migliorare-la-salute-e-la-sicurezza/software/co-si--costi-e-sicurezza.html](http://www.inail.it/portale/prevenzione-e-sicurezza/it/come-fare-per/migliorare-la-salute-e-la-sicurezza/software/co-si--costi-e-sicurezza.html)

4 [www.inail.it/portale/prevenzione-e-sicurezza/it/prevenzione-e-sicurezza/prevenzione-per-la-salute-e-la-sicurezza-sul-lavoro/sinp.html](http://www.inail.it/portale/prevenzione-e-sicurezza/it/prevenzione-e-sicurezza/prevenzione-per-la-salute-e-la-sicurezza-sul-lavoro/sinp.html)

## CEN und CENELEC lassen sich weiter in Arbeitsschutzfragen beraten

CEN (European Committee for Standardization) und CENELEC (European Committee for Electrotechnical Standardization) haben verschiedene Gremien eingerichtet, die sie zu bestimmten Normungsfeldern oder zu Querschnittsthemen beraten. Mit dem Sector Forum OHS (SECT/SF OHS) gibt es ein Beratungsgremium, das auf den Arbeitsschutz fokussiert ist. Für den Arbeitsschutz bietet das Gremium eine sehr gute Möglichkeit, sich mit Fachleuten aus verschiedenen europäischen Ländern abzustimmen und Impulse für die Arbeit der europäischen Normungsinstitute zu entwickeln. Den Vorsitz des SECT/SF OHS hat aktuell die Geschäftsführerin der KAN inne, DIN leitet das Sekretariat.

Im Zuge einer Überprüfung ihrer Strukturen und Prozesse haben CEN und CENELEC auch alle ihre Beratungsgremien überprüft. Ein Ergebnis ist, dass das CEN SECT/SF OHS in ein auf zwei Jahre angelegtes strategisches CEN/CENELEC-Beratungsgremium (Strategic advisory group) umgewandelt wird. Die positive Nachricht für den Arbeitsschutz: CEN und CENELEC sehen den Arbeitsschutz als strategisches Thema an und möchten sich weiterhin hierzu beraten lassen.

## DIN richtet Technical Coordination Board ein

Das neue Technical Coordination Board (TCB) soll bei DIN eine Scharnierfunktion zwischen den Strategiekreisen und den Normenausschüssen einnehmen und dazu beitragen, die Normungsarbeit im Sinne der strategischen Ziele von DIN effizient zu koordinieren.

Dazu gehört nicht nur, künftige Themenschwerpunkte in Normung und Standardisierung festzulegen. Ebenso soll das TCB die von den DIN-Strategiekreisen definierten Vorgaben für die konkrete Normungsarbeit übersetzen, etwa durch Empfehlungen und Anleitungen für die Normenausschüsse. Nicht zuletzt soll die Arbeit des TCB die deutsche Interessenvertretung in der europäischen und internationalen Normung stärken.

Die erste Sitzung des TCB fand am 28. November 2024 statt. Corrado Mattiuzzo, Leiter der Facharbeit der KAN-Geschäftsstelle, wurde zur Mitarbeit ins TCB berufen. Das Gremium besteht aus maximal 21 und mindestens 9 Mitgliedern. Die Mitglieder des TCB werden von den Vorsitzenden der Normenausschüsse gewählt.

## Neues Format bei ISO: Open Consultation

Die internationale Normungsorganisation ISO testet mit dem Open-Consultation-Programm einen neuen Ansatz: Es han-

delt sich um ein Gremienformat, welches sich von den traditionellen ISO-Gremien unterscheidet, indem auch Personen außerhalb des ISO-Systems oder der Normung einbezogen werden.

ISO Open Consultations werden in Form eines oder mehrerer Workshops abgehalten. Ziel dabei ist es, den Normungsbedarf in neuen, innovativen Themenfeldern zu ermitteln. Zudem sollen die Erwartungen der vom jeweiligen Thema angesprochenen Interessengruppen an die Normung definiert werden. Dabei werden keine normativen Dokumente erarbeitet, sondern öffentliche Informationsdokumente, die an den ISO-Rat übermittelt werden und empfohlene Maßnahmen für die Normung enthalten.

Ausgangspunkt einer Open Consultation ist der Vorschlag einer Mitgliedsorganisation, die vom ISO-Rat angenommen werden muss. Darauf folgt ein öffentlicher Teilnahmeaufruf, um Fachleute für die Arbeit zu gewinnen.

[www.iso.org/open-consultation.html](http://www.iso.org/open-consultation.html)

## EU-Splitter

### Umsetzung der KI-Verordnung

Das Europäische Parlament hat eine ausschussübergreifende Arbeitsgruppe eingerichtet, die die Umsetzung der KI-Verordnung ((EU) 2024/1689) beobachten soll. Eine Schlüsselrolle bei der Umsetzung der Verordnung wird außerdem das kürzlich von der Europäischen Kommission eingerichtete Amt für künstliche Intelligenz spielen. Ein von der Kommission noch einzusetzendes wissenschaftliches Gremium soll das Amt und die nationalen Marktüberwachungsbehörden bei der Durchführung und Umsetzung der KI-Verordnung beraten und unterstützen.

### Rat verabschiedet Cyber Resilience Act

Am 10. Oktober 2024 hat der Rat der EU den Kompromisstext des Trilogs zur Verordnung über horizontale Cybersicherheitsanforderungen für Produkte mit digitalen Elementen (Cyber Resilience Act) formell angenommen. Mit den neuen Vorschriften werden EU-weite Cybersicherheitsanforderungen für die Konzeption, die Entwicklung, die Produktion und die Bereitstellung auf dem Markt von Hardware- und Softwareprodukten eingeführt.

Pressemitteilung des Rats: <https://t1p.de/89iut>

### Bauprodukteverordnung

Der Rat der Europäischen Union hat am 5. November 2024 den Kompromisstext der Bauprodukteverordnung angenommen. Zuvor hatte auch das Europäische Parlament diesen gebilligt. Mit der Veröffentlichung im Amtsblatt der EU und dem Inkrafttreten 20 Tage später ist voraussichtlich noch in diesem Jahr zu rechnen.

Pressemitteilung des Rats: <https://t1p.de/z5rrs>

# Content



© Tom Maelis

## Lead topic

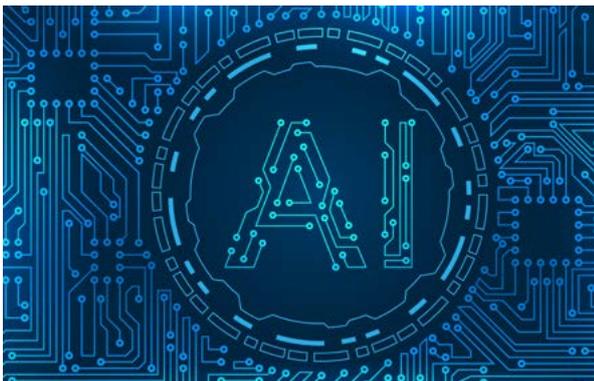
16 30th anniversary of KAN

## Themes

- 18 KAN legal opinion on standardization in workplace and building regulations law
- 20 KAN adopts a position on the instrument of common specifications
- 21 ISO 1999: not all quiet on the acoustics front
- 23 Three questions for: Ilka Wölfle, Director of the German Social Insurance European Representation
- 24 Prevention of occupational accidents and diseases in Italy



© Douglas Gingerich - stock.adobe.com



© Grecaud Paul - stock.adobe.com

## 26 In brief

CEN and CENELEC continue to receive advice on occupational safety and health issues

DIN forms a Technical Coordination Board

A new format at ISO: the Open Consultation

EU news flash

## 40 Events

### Stay up to date:



KAN\_Arbeitsschutz\_Normung



Kommission Arbeitsschutz und Normung (KAN)



KAN – Kommission Arbeitsschutz und Normung



© stock.adobe.com



**Peer-Oliver Villwock**

Chair of KAN

Federal Ministry of Labour  
and Social Affairs (BMAS)

## Together we stand: 30 years of KAN

In 1989, the European Union called on its Member States “to enable the social partners to have an influence at national level on the process of preparing and monitoring the harmonised standards.” At that time, standards were beginning to acquire greater importance for product safety in many areas. At the same time, the German government and the statutory accident insurance institutions in Germany had a common interest in retaining the prerogative to regulate occupational safety and health matters that they enjoyed under the OSH legislation. These two aspects were key reasons for the German government and the statutory accident insurance institutions to create the Commission for Occupational Health and Safety and Standardization in 1994.

Then, as now, employers, employees, the German federal and state governments and the statutory accident insurance institutions meet in KAN on equal terms and speak with one voice to influence standardization activity. One channel for this voice is DIN, itself a member of KAN. KAN has long involved manufacturers, employers’ and employees’ associations, government bodies and other stakeholders on a regular basis in its opinion-forming process, and is a well-known and respected entity not only in Germany, but also in other countries in Europe and internationally. Initially, KAN primarily addressed traditional product safety standards. Today, its focus lies on a wide range of new topics and developments in standardization policy: from artificial intelligence, climate change and the circular economy to the revision of the EU Standardisation Regulation. In view of these challenges, KAN will continue to be indispensable for the German stakeholders in OSH as an observer, moderator and their collective voice. «

## 30th anniversary of KAN

To mark its 30th anniversary, KAN, the Commission for Occupational Health and Safety and Standardization, hosted a symposium entitled “Occupational safety and health and standardization: between global harmonization and national interests” on 13 November in Berlin. Two keynote speeches and the panel discussions that followed focused in particular on the geopolitical challenges facing occupational safety and health and standardization.

Dr Stefan Hussy, Director of the German Social Accident Insurance (DGUV), welcomed around 120 guests to the DGUV’s Berlin site. He emphasized that KAN holds particular value for the DGUV: firstly, because it keeps track of all standards concerning occupational safety and health; secondly, because it represents the interests of occupational safety and health in standardization policy and activity.

Standardization has attracted growing attention in recent years, particularly on the international political stage. Some countries view it as a strategic political and economic instrument, and intervene accordingly in standardization activity in order to achieve their own national and economic objectives. In his keynote speech opening the first part of the event, Christoph Winterhalter, Chairman of the Executive Board of DIN (the German Institute for Standardization), explained the challenges facing standardization, in particular as a result of geopolitical developments.

This was followed by a panel discussion between Mr Winterhalter, Gisela Eickhoff (Harting Stiftung & Co. KG), Thomas Fischer (German Trade Union Confederation, DGB), Oliver Schollmeyer (Confederation of German Employers’ Associations, BDA) and Dr Thomas Zielke (German Federal Ministry for Economic Affairs and Climate Action, BMWK). The panel members were in broad agreement regarding the key role still played by Germany in standardization at ISO level. Germany holds a strong position in international standardization activity, said Zielke. “We account for 15 to 18 percent of the experts on these committees.” However, Mr Fischer, trade union representative, qualified this by saying that in view of the lack of transparency and poor access to the standardization process, societal interest groups and trade unions in particular lacked the resources needed for them to participate comprehensively, particularly given that the stage is now set to become increasingly international.

The second part of the event focused on the effects of the increasing internationalization of standardization and the associated potential risks for occupational safety and health. In his keynote speech, Peer-Oliver Villwock (German Federal



© Tom Maelsa

Christoph Winterhalter (DIN), Gisela Eickhoff (Harting Stiftung & Co. KG), Thomas Fischer (German Trade Union Confederation – DGB), Oliver Schollmeyer (Federation of German Employers’ Associations – BDA), Dr. Thomas Zielke (Federal Ministry of Economics and Climate Protection – BMWK) and Britta Ibold (German Social Accident Insurance – DGUV)



Welcome address by Dr Stefan Hussy, German Social Accident Insurance (DGUV)

Ministry of Labour and Social Affairs, BMAS; Chair of KAN), made the case for KAN's European and international networking activity. In the subsequent panel discussion with Séverine Brunet (Institut national de recherche et de sécurité, INRS, France), Marcus Hussing (DGUV), Dr Sebastian Schneider (German Trade Union Federation, DGB; alternating KAN Chair) and Kai Schweppe (Baden-Württemberg Industry and Employers' Association, UBW; alternating KAN Chair), Mr Villwock affirmed that "many countries envy Germany for all relevant stakeholders being represented in KAN". The panel participants agreed that owing to KAN and the principles governing standardization in occupational safety and health, the future bodes well for the status of occupational safety and health interests in standardization in Germany. However, activities must be developed further and strategically in order to assure the sustained and effective representation of occupational safety and health interests in national and international standardization activity in the future.

*Tim Sausen*  
[sausen@kan.de](mailto:sausen@kan.de)

*Sonja Miesner*  
[miesner@kan.de](mailto:miesner@kan.de)



Peer-Oliver Villwock (Federal Ministry of Labour and Social Affairs), Séverine Brunet (Institut national de recherche et de sécurité – INRS, France), Kai Schweppe (Baden-Württemberg Industry and Employers' Association, UBW), Dr Sebastian Schneider (German Trade Union Federation, DGB) and Marcus Hussing (German Social Accident Insurance – DGUV)

# KAN legal opinion on standardization in workplace and building regulations law

Overlap and conflicts may arise between standardization in the area of German building regulations law on the one hand and the body of subordinate regulations under German workplace law, including the relevant standards, on the other. KAN has published a legal opinion that sheds light on this area of potential conflict.

In Germany, requirements pertaining to the building structures of workplaces are defined primarily in workplace law and building regulations law. These two areas of law pursue different objectives. Whereas workplace law serves to ensure workers' safety and health during the erection and operation of workplace premises, building regulations law has the general objective of preventing hazards in building structures. Contradictions may arise where these two areas of law overlap. From the perspective of workplace law, points of contact with building regulations law exist in particular in the following areas: fire safety, escape routes, circulation routes and areas, artificial lighting/daylight, accessibility, noise/sound insulation and ventilation.

A body of subordinate regulations, such as the ASR technical rules for workplaces and technical building regulations, exists in the areas of both workplace law and building regulations law. Specifications of this kind are indispensable guidelines for parties planning and erecting buildings. Owing to their specificity, technical rules and standards have a key function in practice.

Increasing numbers of technical standards (for example addressing planning, erection and commissioning) concern structures serving as workplaces and therefore falling within the scope of both building regulations law and workplace law. Examples include schools, laboratories, sewage treatment plants, fire stations and ambulance stations, and the accessibility of buildings and sports facilities. However, standards addressing building structures frequently fail to give consideration to national rules and regulations governing occupational safety and health, since experts from the two legal spheres are often not present on the committees concerned. This may lead to the requirements in standards deviating from or even contradicting national occupational safety and health regulations.

## KAN legal opinion

To examine this area of conflict more closely, KAN commissioned a legal opinion<sup>1</sup>. This systematically examined points of overlap or conflict between the two areas of law, and how these are to be evaluated in legal terms. In particular, it discusses the consequences for users of standards (e.g. employers, building owners, archi-



© Andrey Popov - stock.adobe.com

itects/planners) in cases where standards in the area of building regulations law conflict with German occupational safety and health regulations (e.g. ASRs, DGUV regulations) or standards setting out requirements for workplace premises.

The legal opinion shows that the problem of inconsistent requirements exists primarily at the subordinate regulatory levels. In practice, such conflicts are seen to be the exception rather than the rule. On the rare occasions where they do occur, however, they may have far-reaching legal consequences, particularly for the user of the body of standards and regulations.

Statutory rules governing conflicts between provisions – such as Section 3a (4) of the German Workplaces Ordinance (ArbStättV), which accords priority to other legislation and, in particular, to the building regulations law of the German regional administrations where this legislation extends beyond the requirements of the ArbStättV – may be of some benefit in these cases. However, a user-friendly and, above all, comprehensively legally watertight solution for conflicts between technical standards in building regulations law and technical rules in workplace law often does not exist. Whether such a solution exists depends primarily on the following factors:

- Differences between the document types with respect to their legal effect and binding legal status
- Which document type has the more far-reaching requirement
- Whether the conflicting requirements are incompatible with each other
- Practical and legal relevance of technical rules and standards (e.g. legislation governing contracts for work and labour, or tests of negligence)

Even involvement of the authorities does not always yield a clear solution to potential conflicts. The reason for this is that, on the one hand, responsibility is distributed over a number of authorities, and on the other, involvement of the occupational safety and health authorities in the planning approval process prior to erection of the workplace is not generally mandatory. The possible need for refurbishment owing to changes in requirements also gives rise to legal uncertainties comparable to those preceding erection of a building.

### Relevance in practice and legal consequences

In German construction practice, DIN technical standards (irrespective of whether they are developed entirely at national level or adopted from the standards of international or European standards organizations), in particular, are understood and applied in a similar way to directly applicable law. They are also relevant under civil and criminal law. Their conflict with the body of technical occupational safety and health regulations therefore presents users with considerable problems. This is the case even when the technical standards have not been explicitly referenced by an act. Only when no conflict arises can those responsible in the field, such as owners of buildings, architects and employers, apply the technical rules and standards without restriction without exposing themselves to legal risk.

One of KAN's mandates is to support a practical, coherent and user-friendly body of occupational safety and health regulations. The results of the legal opinion are therefore intended to support positions, particularly during committee work, and to assure even greater coherence in the body of standards and regulations.

Full text of the legal report (in German, summary in English): [www.kan.de/fileadmin/Redaktion/Dokumente/KAN-Studie/en/2024-12\\_KANGutachten\\_Bauordnungs-und-Arbeitsstaettenrecht-en-fr.pdf](http://www.kan.de/fileadmin/Redaktion/Dokumente/KAN-Studie/en/2024-12_KANGutachten_Bauordnungs-und-Arbeitsstaettenrecht-en-fr.pdf)



*Katharina Schulte  
schulte@kan.de*

1 Redeker Sellner Dahs (law office): Legal opinion on the coherence of the subordinate body of regulations under German building and workplace legislation and its significance for standardization (see box for link)

# KAN adopts a position on the instrument of common specifications

For the event that European standards organizations fail to submit harmonized standards in response to existing standardization mandates, or submit standards that are inadequate, the European Commission has created a fallback solution in the form of “common specifications”. KAN has published a position paper on this instrument.

Common specifications are EU implementing acts<sup>1</sup>. Their purpose is to ensure that where harmonized standards are inadequate or do not exist at all, the public interest, such as protection of safety and health, is nevertheless satisfied. Common specifications are technical specifications with the function of harmonizing product requirements, in the same way as standards.

Owing to the role played by harmonized standards in the Single Market, however, common specifications should serve only as a fallback solution. The Commission would have recourse to them where it had already mandated the European standards organizations with developing a specific harmonized standard but either the mandate had not been accepted, the requested standard had not been developed by a set deadline, or the standard delivered had failed to satisfy the mandate. Furthermore, common specifications must not be used where a harmonized standard satisfying the requirements of the standardization mandate already exists.

As yet, the essential criteria for the adoption of common specifications and the provisions for their development are to be found only in individual legal acts specific to certain sectors; examples of these are the Machinery Regulation<sup>2</sup> and the Artificial Intelligence Act<sup>3</sup>. A horizontal legal framework governing this instrument is not in place. The individual legal acts also contain no indication of how exactly the European Commission should develop the – technically challenging – common specifications, and how it should ensure availability of the expertise required for this purpose.

## KAN's position

As the representative of German occupational safety and health interests in standardization, KAN therefore takes the following position:

- One cornerstone of standardization activity are rules governing the composition of the committees responsible for it, means for the stakeholders to participate in it, and procedures by which the working documents are approved for publication. In KAN's view, clear and legally binding criteria should also be applied and a transparent procedure followed for the development and adoption of common specifications.
- To prevent fragmentation and incoherence of the body of standards and regulations, the requirements and procedure for development, adoption and publication of common specifications must be governed in a single horizontal legal framework that is binding for all Single Market regulations.
- The instrument of common specifications should be used only in exceptional cases.
- Standards are developed on the basis of consensus, and ideally by

the parties who will actually use them. This engenders confidence in the final product. In addition, all societal stakeholders, including those representing occupational safety and health interests, are at liberty in principle to participate in drafting of the standards. The procedure for implementing acts also provides for a certain degree of stakeholder involvement; however, since common specifications govern technically demanding subject-matter, suitable experts and all stakeholders, including societal interest groups, should be involved at an early stage and their expertise taken into account.

The Commission stated in the 2022 EU Strategy on Standardisation<sup>4</sup> that it was working towards a horizontal approach. This approach is to define criteria and procedures for when, and under what conditions, the Commission may be authorized to issue common specifications. It remains to be seen when and how the European Commission will assume this task.

*Ronja Heydecke  
heydecke@kan.de*

*Katharina Schulte  
schulte@kan.de*

**KAN position paper** on the European Commission's instrument of common specifications: [www.kan.de/fileadmin/Redaktion/Dokumente/Basisdokumente/en/EU/KAN\\_position\\_paper\\_Common\\_Specifications.pdf](http://www.kan.de/fileadmin/Redaktion/Dokumente/Basisdokumente/en/EU/KAN_position_paper_Common_Specifications.pdf)



.....  
1 More detailed information: [www.kan.de/en/publications/kanbrief/2/23/the-implementing-act-an-instrument-for-harmonized-implementation-of-eu-legislation](http://www.kan.de/en/publications/kanbrief/2/23/the-implementing-act-an-instrument-for-harmonized-implementation-of-eu-legislation).  
2 <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX:32023R1230>  
3 [https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN+/TXT/?uri=OJ:L\\_202401689](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN+/TXT/?uri=OJ:L_202401689)  
4 EU Strategy on Standardisation, p. 5, <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:52022DC0031>

## ISO 1999: not all quiet on the acoustics front

**ISO 1999, Acoustics – Estimation of noise-induced hearing loss, last amended in 2013, is currently undergoing revision. Since some of the proposed amendments are not scientifically correct, KAN has commented on the revised draft.**

ISO 1999 describes a mathematical model that can be used to calculate the anticipated hearing loss in persons who are exposed to noise and those who are not. The model requires knowledge of age-related hearing loss in groups of persons not exposed to noise, and of hearing loss in comparable groups of persons who have been exposed to noise and have never used hearing protection. These values were determined statistically for the model from a number of studies. Up to and including the current version of ISO 1999, published in 2013, the model drew upon hearing loss data for groups of persons not exposed to noise from ISO 7029:1984, Acoustics – Threshold of hearing by air conduction as a function of age and sex for otologically normal persons. This standard is based on data in a number of published studies, which was thoroughly reviewed. By use of this study data, ISO 1999 was able, almost 35 years ago, to describe the effect solely due to noise in the model, thereby enabling it also to be predicted for groups exposed to noise.

During the current revision of ISO 1999, reference was made to data from only two studies for the age-related hearing loss. In KAN's view, however, this data is unsuitable: the new model is based on a natural hearing loss for groups of persons not exposed to noise that is lower than that assumed in the past. The calculation described in the new ISO 1999 draft standard thus results in the estimated effect of noise upon human hearing in groups of persons exposed to noise being higher than that estimated by the current model. According to the new estimation, groups exposed over many years to noise at 80 dB would undergo additional hearing loss. Other studies, however, have shown that noise at or below 80 dB(A) does not lead to any perceptible shift in the hearing threshold, even after many years' exposure.

### Consequences for occupational safety and health

Above certain exposure limits and action values, employers are required to take protective measures. When determining these values for European Directive 2003/10/EC regarding the exposure of workers to the risks arising from physical



agents (noise), the European Commission drew upon the 1990 version of ISO 1999. If the current draft were to be published as a standard and subsequently considered during a revision of the directive, this could result in the exposure limit values and action values being lowered significantly. At present, a mean daily noise exposure level of 85 dB triggers a requirement for protective measures for employees. The new draft standard would require protective measures to be taken at values as low as 77 dB, even though no validated scientific evidence exists for this requirement. Under certain circumstances, this value may be exceeded even during use of a vacuum cleaner, or in an aircraft cabin. Should no other measures be possible, employees would then have to wear hearing protectors.

Lowering of the values could therefore lead to protective measures being taken that from a scientific perspective are unnecessary. This has repercussions for several parties involved:

- Manufacturers would have to redesign their products to generate less noise.
- Employers would have to take technical, organizational or personal protective measures sooner.
- Employees may have to wear hearing protectors more often.

Employers must assess the hazards to workers at work and determine suitable measures. Measures must be reasonable, necessary and proportionate. The changes to the standard would result in the measures no longer satisfying this principle.

### Comment by KAN

In summer 2024, KAN submitted a comment to DIN opposing the current draft of ISO 1999. In September 2024, the national mirror committee opposed the current draft of the standard, and DIN voted at ISO accordingly. The result of the ISO vote was that the present draft was rejected. However, discussions at international level are still in progress and it remains to be seen whether, and if so in what form, a revised draft will be published.

*Dr Anna Dammann  
dammann@kan.de*



# Three questions for: Ilka Wölfle, Director of the German Social Insurance European Representation

In this interview, Ilka Wölfle talks about the functions of the German Social Insurance European Representation (DSV) and the topics it is currently addressing. The DSV represents the interests of the German pensions, health, long-term care and statutory accident insurance systems at European level.



© Frank Nürmberger

## What shapes your daily work at the DSV, and what topics do you deal with?

Our office is located close to the EU institutions – right where our most important contacts are also to be found. One of our core tasks is to ascertain what legislative projects are in the pipeline and what the European Commission is planning for the future. We must then assess whether, and if so on what scale, these projects may impact on social insurance. We draw on a comprehensive network of personal contacts to exert influence on political decisions. To this end, we talk to politicians on a regular basis and offer our specialist expertise to support them in reaching decisions.

A good example is workplace exposure to asbestos. In December 2025, the proposed directive adopted last

year will lower the limit for asbestos fibres from the current value of 0.1 to 0.01 per cm<sup>3</sup>. To explain what is actually feasible in practice, we spoke with the European Commission in the run-up to the legislative process and with MEPs as it progressed. Above all, we attached importance to measurement of the new limit value actually being possible by means of the methods available. This required us to explain the finer technical points and details as simply and plausibly as possible, and in English, German and French. The Member States have until December 2029 to adapt their measurement methods; after this transitional period, electron microscopy will be the sole method to be used for detecting asbestos fibres.

It goes without saying that we also regularly discuss all relevant initiatives with the institutions we represent, and agree a common position on numerous topics. Within a single week, I may be discussing occupational safety and health issues one day and pharmaceuticals, medical devices, chemicals or social security for platform workers on the days that follow. Added to that are the numerous initiatives and discussions resulting from demographic change and the digital and green transitions. These include, for example, the question of how, in an ageing society, older people can be assured of an appropriate income.

## What interests do you share with the occupational safety and health community and KAN?

Our interest in providing employees with safe and healthy workplaces is what links us to KAN. Standardization has an important function in assuring product safety, for example. However, we frequently have contact with standardization in other areas relating to occupational safety and health. For

example, like KAN, we're observing developments in the field of artificial intelligence, and we've discussed the amendment of the EU Machinery Regulation at length with KAN in recent years. KAN's expertise is valued highly in all European Commission initiatives relating to occupational safety and health, and we appreciate being able to just pick up the phone and call the Secretariat. I remember having many conversations some years ago regarding initiatives at European level to develop standards for healthcare services. There too, we developed joint activities by which we could steer the issue in the right direction. Our regular dialogue will continue to be important in this legislative period, since evaluation of the Standardisation Regulation is a matter of interest to the DSV as well as to KAN.

## You're on the board of governors of ESIP, the European Social Insurance Platform. What role does ESIP play for Germany's social insurance?

ESIP unites 45 social insurance institutions in 17 European countries under one roof. This enables us to pool ideas and to find common solutions to challenges such as digitalization and climate change, despite differences in the structures of our social security systems. In addition, the EU institutions in Brussels, particularly the European Commission, are primarily interested in European opinions. For that reason, we present German interests to ESIP and then seek to join our partners in forming these interests into a European voice. ESIP therefore serves as the mouthpiece of social insurance in Europe.



Listen to the detailed interview on the German Social Insurance European Representation with Ilka Wölfle in Episode 19 of the KAN Podcast (in German). [www.kan.de/podcast](http://www.kan.de/podcast)

# Prevention of occupational accidents and diseases in Italy

**INAIL is a key player in occupational safety and health in Italy. Through measures for awareness-raising, technical support, economic incentives and risk monitoring, it has created a prevention system that actively includes all stakeholders, from institutions and companies to employees.**

When founded, INAIL<sup>1</sup>, Italy's National Institute for Insurance against Accidents at Work, was solely an insurer. Over the decades, however, this not-for-profit organization has significantly expanded its remit, and makes a major contribution to the prevention of occupational accidents and diseases. It offers information, training, and support and advice on occupational safety and health, particularly for medium-sized, small and microenterprises. These tasks are carried out by a range of specialists in areas including engineering, chemistry, biology and geology. With their expertise and skills, they substantially shape the institute's prevention activity.

### Financing and incentives for companies

INAIL's most effective instrument for supporting companies is arguably the ISI<sup>2</sup> funding project, through which several hundred million euros are made available each year for projects to improve occupational safety and health. Through ISI, INAIL awards grants, for example for the purchase of safer machinery, the reduction of risks during particularly hazardous work, the disposal of materials containing asbestos, and the introduction of occupational safety and health management systems and organizational and management models (MOGs). INAIL reimburses 65% of the companies' outlay. In 2023, a record sum of 508 million euros was paid out. A number of funding schemes for training and information programmes are also in place.

A further instrument is the waiving of a part of the insurance premium for companies that are particularly safe. The waiver ranges from 28% for the smallest companies to 5% percent for the largest. Through a bonus/penalty system, companies can receive further substantial premium reductions totalling up to 49%, depending on the incidence and severity of accidents in their operations.



© katty2016 - stock.adobe.com

### Promoting a culture of prevention

One pillar of INAIL's prevention work is the promotion of workplace safety through information campaigns, training courses and specialist publications. The training courses designed by INAIL are aimed at groups including managers, consultants and employee representatives, and are based on the concept of lifelong learning. The institute also works with schools, universities and other educational establishments to communicate knowledge on specific occupational risks and measures to reduce them.

### Support and advice

In cooperation with employers' associations and trade unions, INAIL offers technical and specialist support, consulting on operational processes, and suggestions for technical innovations in the field of occupational safety and health, particularly for medium-sized, small and microenterprises. The institute also supports companies by promoting and validating best practices and guidelines, and develops sector-specific guidelines for the introduction of occupational safety and health management systems and the associated organizational and management models.

Particular mention should be made of specialist tools and apps for assessing and reducing risks, such as VPS, an instrument by which companies can assess the quality of their own occupational safety and health measures, and CO&SI, a program available free of charge on the INAIL website for calculating the cost of "unsafety"<sup>3</sup>.

### Research, standardization and other activities

Numerous other INAIL activities contribute to the prevention of occupational accidents and diseases. Through scientific research, INAIL promotes the introduction of innovative safety technologies in companies: studies and research examine new risks in the world of work, for example in connection with new technologies, hazardous chemicals, emerging occupational diseases or changes to working environments.

Also worth mentioning is its supervision and IT management of SINP, the Italian national information system for prevention<sup>4</sup>. SINP unites numerous institutions and individuals involved in preventive and monitoring activity, and has the function of providing useful data for planning and implementing prevention measures and evaluating their efficacy.

INAIL is also active internationally: it serves as the Italian Focal Point for the European Agency for Safety and Health at Work (EU-OSHA) and maintains links to the International Social Security Association (ISSA). Over 130 INAIL experts are active on over 250 national and international standards committees, making the institute one of the most important members of UNI, the Italian national standards organization. INAIL is also a supporting member of the Italian accreditation body Accredia.

*Antonio Terracina  
Central coordinator for technical  
consulting on safety and health  
INAIL*

1 [www.inail.it/portale/it/multilingua/english.html](http://www.inail.it/portale/it/multilingua/english.html)

2 [www.inail.it/portale/prevenzione-e-sicurezza/it/prevenzione-e-sicurezza/finanziamenti-per-la-sicurezza/incentivi-alle-imprese/bando-isi-2023.html](http://www.inail.it/portale/prevenzione-e-sicurezza/it/prevenzione-e-sicurezza/finanziamenti-per-la-sicurezza/incentivi-alle-imprese/bando-isi-2023.html)

3 [www.inail.it/portale/prevenzione-e-sicurezza/it/come-fare-per/migliorare-la-salute-e-la-sicurezza/software/co-si--costi-e-sicurezza.html](http://www.inail.it/portale/prevenzione-e-sicurezza/it/come-fare-per/migliorare-la-salute-e-la-sicurezza/software/co-si--costi-e-sicurezza.html)

4 [www.inail.it/portale/prevenzione-e-sicurezza/it/prevenzione-e-sicurezza/prevenzione-per-la-salute-e-la-sicurezza-sul-lavoro/sinp.html](http://www.inail.it/portale/prevenzione-e-sicurezza/it/prevenzione-e-sicurezza/prevenzione-per-la-salute-e-la-sicurezza-sul-lavoro/sinp.html)

## CEN and CENELEC continue to receive advice on occupational safety and health issues

CEN (European Committee for Standardization) and CENELEC (European Committee for Electrotechnical Standardization) have set up a number of bodies to advise them on specific areas of standardization or cross-disciplinary issues. The Sector Forum OHS (SECT/SF OHS) is an advisory body focusing on occupational safety and health. It provides an excellent opportunity for representatives of occupational safety and health interests to coordinate with experts from a number of European countries and to further the work of the European standards institutes. SECT/SF OHS is currently chaired by the Director of KAN; DIN holds responsibility for the secretariat.

In the course of a review of their structures and processes, CEN and CENELEC have also reviewed all their advisory bodies. One result is that CEN SECT/SF OHS will be transformed into a CEN/CENELEC strategic advisory group with a two-year term. The positive news for occupational safety and health: CEN and CENELEC regard OSH as a strategic issue, and wish to continue to seek advice on it.

## DIN forms a Technical Coordination Board

The new Technical Coordination Board (TCB) is intended to have a pivotal function at DIN between the strategy groups and the standards committees, and to support efficient coordination of standardization activity in line with DIN's strategic objectives.

This will not be limited to setting out future key topics in standardization: the TCB is also to have the task of translating the targets defined by the DIN strategy groups into corresponding standardization work, for example by issuing recommendations and instructions for the standards committees. Finally, the work of the TCB is intended to support representation of German interests in European and international standardization activity.

The TCB's first meeting was held on 28 November 2024. Corrado Mattiuzzo, Head of the KAN Secretariat's Technical and Scientific Department, has been appointed to the TCB. The Technical Coordination Board is to have a minimum of 9 and a maximum of 21 members, who are appointed by the chairs of DIN's standards committees.

## A new format at ISO: the Open Consultation

The International Standards Organization (ISO) is testing a new approach in the form of the Open Consultation Pro-

gramme. The Open Consultation, a committee format, differs from the traditional ISO committees in that persons outside the ISO system or standardization are also involved.

ISO Open Consultations take the form of one or more workshops. Their purpose is to determine the need for standardization in new, innovative subject areas. Open Consultations are also to define the expectations placed on standardization by the groups with an interest in the topic concerned. The documents developed in this process are not normative, but public information documents to be submitted to the ISO Council and containing recommended measures for standardization activity.

The starting point for an Open Consultation is a proposal by a member organization, which must be accepted by the ISO Council. This is followed by a public call for participation by which experts are recruited for the work.

[www.iso.org/open-consultation.html](http://www.iso.org/open-consultation.html)

## EU news flash

### Implementation of the AI Act

The European Parliament has set up a cross-committee working group to monitor implementation of the AI Act (Regulation (EU) 2024/1689). The European AI Office set up recently by the European Commission will also play a key role in implementing the Act. A scientific body, yet to be established by the Commission, is to advise and support the European AI Office and the national market surveillance authorities in implementing and enforcing the AI Act.

### Council adopts Cyber Resilience Act

On 10 October 2024, the Council of the European Union formally adopted the trilogue's compromise text on the Regulation on horizontal cybersecurity requirements for products with digital elements (Cyber Resilience Act). The new legislation introduces EU-wide cybersecurity requirements for the design, development, production, and making available of hardware and software products on the market

Press release of the Council: <https://t1p.de/q4dml>

### Construction Products Regulation

The Council of the European Union adopted the compromise text of the Construction Products Regulation on 5 November 2024 following its approval by the European Parliament. The Regulation is expected to be published in the Official Journal of the EU and to enter into force 20 days later, before the end of the year.

Press release of the Council: <https://t1p.de/uzk7f>

# Sommaire



© Tom Maelsa

## Dossier

29 La KAN a 30 ans

## Thèmes

- 31 Expertise : la normalisation dans la législation relative aux lieux de travail et à la construction
- 33 Spécifications communes : la KAN prend position
- 34 Beaucoup de bruit autour de la norme acoustique ISO 1999
- 36 3 questions à... Ilka Wölfle, Représentation des caisses de sécurité sociale allemande en Europe
- 37 La prévention des accidents du travail et des maladies professionnelles en Italie



© lauritta - stock.adobe.com



© Andrii Watanoski - stock.adobe.com

## 39 En bref

Le CEN et le CENELEC continuent de se faire conseiller en matière de SST

Le DIN met en place un Technical Coordination Board

L'ISO a un nouveau format : les Open Consultations

Brèves de l'UE

## 40 Agenda

### Restez toujours informés :



KAN\_Arbeitsschutz\_Normung



Kommission Arbeitsschutz und Normung (KAN)



KAN – Kommission Arbeitsschutz und Normung



© stock.adobe.com



**Peer-Oliver Villwock**

Président de la KAN

Ministère fédéral du Travail et des  
Affaires sociales

## L'union fait la force : la KAN a 30 ans

En 1989, l'Union européenne a demandé que « Les États membres s'assurent que sont prises les mesures appropriées en vue de permettre aux partenaires sociaux d'avoir une influence, au niveau national, sur le processus d'élaboration et de suivi des normes harmonisées. » À cette époque, l'importance de ces normes européennes pour la sécurité des produits commençait à croître dans de nombreux domaines. En même temps, en Allemagne, tant l'État que l'Assurance sociale des accidents du travail et des maladies professionnelles étaient, ensemble, soucieux de conserver, en matière d'organisation de la prévention en entreprise, la marge de manœuvre réglementaire que leur conféraient les directives relatives à la SST. Ces deux aspects ont été le principal élément déclencheur de la création en Allemagne, en 1994, de la Commission pour la sécurité et la santé au travail et la normalisation.

Hier comme aujourd'hui, les employeurs, les salariés, l'État fédéral et les Länder, ainsi que l'Assurance sociale des accidents du travail et des maladies professionnelles œuvrent ensemble sur un pied d'égalité au sein de la KAN et, en tant qu'acteurs de la SST, interviennent d'une seule voix auprès de la normalisation, notamment par le biais du DIN, lui-même membre de la KAN. Depuis longtemps, la KAN associe aussi les fabricants, les associations, les autorités et d'autres acteurs à ses réflexions, et elle est une institution connue et respectée, non seulement en Allemagne, mais aussi à l'échelle européenne et internationale. Alors qu'à ses débuts, la KAN s'est surtout penchée sur les normes classiques de sécurité des produits, elle se saisit aujourd'hui d'une multitude de nouveaux sujets et avancées en matière de politique de normalisation, qui vont de l'intelligence artificielle jusqu'à la révision du règlement européen sur la normalisation, en passant par le changement climatique et l'économie circulaire. Face à ces défis, la KAN restera un acteur indispensable pour les cercles allemands concernés par la SST, en tant qu'observatrice, de modératrice et de porte-parole commune. «

## La KAN a 30 ans

À l'occasion de son 30<sup>e</sup> anniversaire, la Commission pour la sécurité et la santé au travail et la normalisation (KAN) avait organisé un symposium intitulé « Sécurité et santé au travail et normalisation : entre harmonisation mondiale et intérêts nationaux », qui s'est tenu le 13 novembre à Berlin. Les deux exposés introductifs, ainsi que les tables rondes qui ont suivi, ont mis particulièrement l'accent sur les défis géopolitiques auxquels sont confrontées la SST et la normalisation.

Stefan Hussy, directeur général de l'Assurance sociale allemande des accidents du travail et maladies professionnelles (DGUV), a salué les quelque 120 invités au siège berlinois de la DGUV, soulignant dans son allocution le rôle important que joue la KAN pour la DGUV, d'une part en gardant une vue d'ensemble sur toutes les normes qui concernent la SST, et de l'autre en défendant les intérêts de la SST au niveau des projets et de la politique de normalisation.

Ces dernières années, la normalisation a fait l'objet d'une attention croissante, notamment sur la scène politique internationale. Voyant dans la normalisation un instrument stratégique dans leur action politique et économique, certains États s'efforcent donc d'exercer un contrôle sur ce qui se passe au niveau de la normalisation afin de réaliser leurs enjeux politiques et économiques nationaux. Dans l'exposé introductif par lequel il a ouvert la première partie du symposium, Christoph Winterhalter, président du conseil d'administration de l'Institut allemand de normalisation (DIN) a évoqué les défis auxquels est confrontée la normalisation en raison de l'évolution du contexte géopolitique.

Lors de la table ronde qui a suivi, Winterhalter a discuté avec Gisela Eickhoff (Harting Stiftung & Co. KG), Thomas Fischer (Confédération des syndicats allemands – DGB), Oliver Schollmeyer (Fédération des associations patronales allemandes – BDA) et Thomas Zielke (Ministère fédéral de l'Économie et de la Protection du Climat – BMWK). Les avis étaient pratiquement unanimes quant au rôle encore central que joue l'Allemagne dans la normalisation au niveau de l'ISO. Selon Zielke, l'Allemagne tient une place de choix dans la normalisation internationale : « nous fournissons 15 à 18 pour cent des experts au sein des comités ». Fischer, le représentant syndical, a toutefois émis un bémol : du fait de manque de transparence et d'accessibilité de la normalisation, c'est précisément pour les groupes d'intérêts sociaux et les syndicats que manquent les ressources nécessaires à une vaste participation, surtout si la normalisation est appelée à se dérouler de plus en plus à l'international.



© Tom Maelisa

Christoph Winterhalter (DIN), Gisela Eickhoff (Harting Stiftung & Co. KG), Thomas Fischer (Confédération des syndicats allemands – DGB), Oliver Schollmeyer (Fédération des associations patronales allemandes – BDA), Thomas Zielke (Ministère fédéral de l'Économie et de la Protection du Climat – BMWK) et Britta Ibal (DGUV)



*Christoph Winterhalter, DIN*

L'impact de l'internationalisation croissante de la normalisation et ses risques potentiels pour la SST étaient au centre de la deuxième partie du symposium. Dans son exposé introductif, Peer-Oliver Villwock (Ministère fédéral du Travail et des affaires sociales – BMAS), Président de la KAN, a plaidé en faveur de la poursuite de la mise en réseau de la KAN au niveau européen et international. Au cours de la table ronde qui a suivi, et qui réunissait Séverine Brunet (Institut national de recherche et de sécurité (INRS), France), Marcus Hussing (DGUV), Sebastian Schneider (Confédération des syndicats allemands – DGB), Président en alternance de la KAN et Kai Schweppe (Association des entrepreneurs du Bade-Wurtemberg – UBW, Président en alternance de la KAN), Villwock a précisé sa pensée : « De nombreux pays envient à l'Allemagne le fait que nous, à la KAN, nous représentons les intérêts de toutes les parties prenantes ». Les participants de la table ronde se sont accordés à dire que, en Allemagne, grâce à la KAN et aux principes relatifs à la normalisation dans l'organisation de la prévention en entreprise, la SST tenait une place de choix dans la normalisation. Il a toutefois précisé que cela impliquait en permanence une progression stratégique des activités, pour que les intérêts de la SST continuent à l'avenir à être défendus avec succès dans la normalisation nationale et internationale.

*Tim Sausen  
sausen@kan.de*

*Sonja Miesner  
miesner@kan.de*



*Peer-Oliver Villwock (Ministère fédéral du Travail et des affaires sociales – BMAS), Séverine Brunet (Institut national de recherche et de sécurité – INRS, France), Kai Schweppe (Association des entrepreneurs du Bade-Wurtemberg – UBW), Sebastian Schneider (Confédération des syndicats allemands – DGB), Marcus Hussing (DGUV)*

# Expertise : la normalisation dans la législation relative aux lieux de travail et à la construction

En Allemagne, des recouvrements et des conflits peuvent apparaître partout où se superposent la normalisation relevant du droit national de la construction et les réglementations subordonnées relevant du droit national relatif aux lieux de travail, incluant les normes qui s’y rapportent. La KAN a publié une expertise qui met en lumière ce champ de tension.

En Allemagne, les exigences relatives à la construction des lieux de travail sont définies essentiellement dans la législation relative aux lieux de travail et dans le droit de la construction. Les objectifs de ces deux domaines juridiques sont différents : alors que la législation relative aux lieux de travail sert à assurer la sécurité et la santé des travailleurs lors de la construction et l’exploitation des lieux de travail, le droit sur la construction vise, d’une manière générale, à prévenir les risques liés aux ouvrages de construction. Des contradictions peuvent éventuellement apparaître lorsque ces deux domaines juridiques se superposent. Du point de vue de la législation relative aux lieux de travail, les recouvrements qui existent avec le droit de la construction apparaissent en particulier dans les domaines suivants : protection contre l’incendie, issues de secours, voies de circulation et surfaces de mouvement, éclairage/lumière du jour, accessibilité, bruit/protection acoustique et ventilation.

Tant au niveau de la législation relative aux lieux de travail que dans le droit sur la construction, il existe des réglementations subordonnées, par exemple les Règles techniques relatives aux lieux de travail (ASR) ou les Règles techniques de construction. De telles prescriptions concrètes constituent des lignes directrices incontournables pour tous ceux qui conçoivent et construisent des bâtiments. En raison de leur caractère concret, les règles techniques et les normes ont, dans la pratique, un rôle central à jouer.

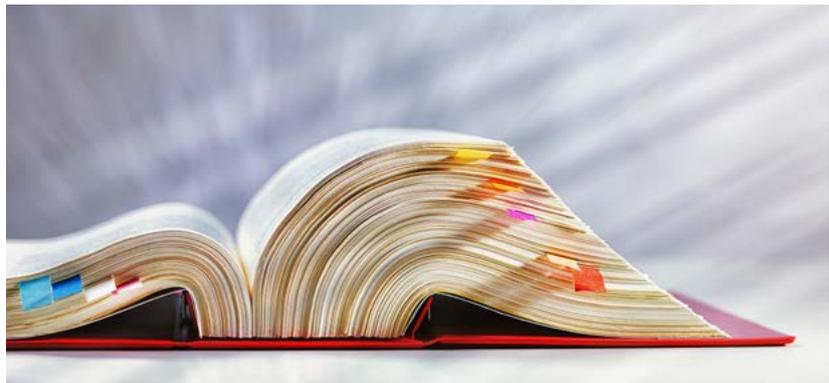
De plus en plus de normes techniques (relatives notamment à l’étude, à la construction et à la mise en service) concernent des ouvrages de construction destinés à devenir des lieux de travail, et pour lesquels il faut donc prendre en compte à la fois le droit de la construction et celui relatif aux lieux de travail. On en citera comme exemples les écoles, les laboratoires, les stations d’épuration, les casernes de pompiers, les centres de secours ou encore les impératifs d’accessibilité de bâtiments et d’installations sportives. Dans la normalisation concernant les ouvrages de construction, il arrive toutefois fréquemment que les réglementations et prescriptions nationales en matière de SST ne soient pas prises en compte, les comités de travail ne comprenant souvent pas de spécialistes appartenant aux deux domaines juridiques. Cela peut avoir pour effet que les exigences contenues dans les normes diffèrent des dispositions nationales en matière de SST, voire les contredisent.

## L’expertise juridique de la KAN

Désireuse d’examiner de plus près le champ de tension décrit plus haut, la KAN a commandé une expertise juridique<sup>1</sup> dont l’objet était de rechercher systématiquement où apparaissent des recouvrements ou collisions entre les deux domaines juridiques, et comment il convient de les situer sur le plan juridique. Il s’agissait notamment d’examiner quelles sont les conséquences juridiques pour les utilisateurs des normes (p.ex. employeurs/maîtres d’ouvrage, architectes/concepteurs) lorsque des normes relevant du droit de la construction entrent en conflit avec des règles nationales touchant à la SST (p.ex. les Règles relatives aux lieux de travail [ASR] ou les règlements de la DGUV), ou avec des normes qui contiennent des exigences applicables aux lieux de travail.

Il ressort de l’expertise que c’est surtout au niveau des réglementations subordonnées qu’apparaît le problème que constituent les exigences divergentes. Il semble toutefois que, dans la pratique, les conflits de ce genre ne soient pas courants. Lorsqu’ils surviennent néanmoins dans certains cas isolés, ils peuvent avoir parfois des conséquences juridiques de grande portée, en particulier pour les utilisateurs des normes et des réglementations.

Il existe, certes, des dispositions juridiques régissant ces conflits, notamment l’article 3a paragr. 4 de l’Ordonnance sur les lieux de travail (ArbStättV), texte qui donne la priorité à d’autres dispositions légales, notamment au droit des Länder en matière de



© Ingo Bartussek - stock.adobe.com

construction, dans la mesure où celui-ci va au-delà des exigences de l'Ordonnance sur les lieux de travail, mais ces dispositions ne sont que d'une utilité limitée. De fait, il n'existe souvent aucune solution facile à appliquer et surtout juridiquement sûre pour les conflits entre normes techniques découlant du droit de la construction et les règles techniques relevant de la législation sur les lieux de travail. L'existence ou non d'une solution dépend surtout des facteurs suivants :

- l'existence d'effets et valeurs juridiques différents d'un type de document à l'autre ;
- la question de savoir quel type de document impose des exigences de plus vaste portée ;
- la question de savoir si les exigences qui entrent en conflit sont incompatibles entre elles ;
- la pertinence pratique et juridique des règles techniques et des normes (p.ex. droit des contrats d'entreprise ou critères de négligence).

L'intervention des autorités ne permet pas non plus de fournir dans tous les cas une solution claire et nette pour remédier à d'éventuels conflits : d'une part, la compétence est en effet partagée entre plusieurs autorités, et, de l'autre, les autorités en charge de la SST ne sont généralement pas obligatoirement impliquées dans la procédure de délivrance du permis de construire engagée pour la construction d'un lieu de travail. De plus, dans l'éventualité d'une mise en conformité requise a posteriori en raison d'une modification des prescriptions, on voit surgir des incertitudes juridiques comparables à celles qui prévalent avant la construction d'un bâtiment.

### Signification pratique et signification juridique

Dans la pratique du secteur de la construction, les normes techniques du DIN (qu'elles soient élaborées au niveau purement national ou proviennent d'organismes de normalisation internationaux ou européens) sont, en particulier, appréhendées et appliquées quasiment de la même manière que le droit directement applicable. De plus, elles ont généralement une importance en termes de droit civil et de droit pénal. C'est pourquoi leur conflit avec les réglementations techniques relatives à la SST pose des problèmes considérables à l'utilisateur, et ce même s'il n'est pas fait référence à ces normes techniques dans une loi. Dans la pratique, ce n'est que si ces conflits sont absolument exclus que les responsables (maîtres d'ouvrage, architectes, employeurs...) peuvent appliquer inconditionnellement les normes techniques sans courir de risques sur le plan juridique.

L'une des missions de la KAN est de promouvoir en matière de SST un ensemble de règles cohérentes, adaptées à la pratique et faciles à appliquer. Les conclusions de l'expertise ont donc en particulier pour vocation de servir d'argumentaire pour le travail des comités de normalisation, le but étant d'apporter davantage de cohérence dans les normes et les réglementations.

Texte intégral de l'expertise  
(en allemand, résumé en  
français) : [www.kan.de/  
fileadmin/Redaktion/  
Dokumente/KAN-Studie/  
en/2024-12\\_KANGutachten\\_  
Bauordnungs-und-  
Arbeitsstaettenrecht-en-fr.pdf](http://www.kan.de/fileadmin/Redaktion/Dokumente/KAN-Studie/en/2024-12_KANGutachten_Bauordnungs-und-Arbeitsstaettenrecht-en-fr.pdf)



*Katharina Schulte  
schulte@kan.de*

1 Cabinet d'avocats Redeker Sellner Dahs : Expertise sur la cohérence entre le droit national de la construction et la législation relative aux lieux de travail, et sur son importance pour la normalisation (voir encadré pour le lien vers l'expertise)

# Spécifications communes : la KAN prend position

Pour les cas où, malgré les mandats de normalisation qui leur ont été passés, les organismes européens de normalisation ne soumettent aucune norme harmonisée, ou que celles présentées sont insuffisantes, la Commission européenne a créé une solution de secours : les Spécifications communes. La KAN a publié un document de position à propos de cet instrument.

Les Spécifications communes sont des actes d'exécution européens<sup>1</sup>. Elles ont pour objet, en cas de normes harmonisées inexistantes ou insuffisantes, de garantir néanmoins la protection des intérêts publics, notamment en matière de santé et de sécurité. Il s'agit de spécifications techniques qui, de la même manière que les normes, ont pour but d'harmoniser les exigences relatives aux produits.

Si l'on considère le rôle que jouent les normes harmonisées dans le Marché intérieur, les spécifications communes devraient toutefois n'être qu'un pis-aller. La Commission pourrait y avoir recours dans les cas où, ayant déjà chargé les organismes européens de normalisation d'élaborer une norme harmonisée adéquate, le mandat n'aurait pas été accepté, la norme souhaitée n'aurait pas été élaborée dans un délai fixé, ou la norme fournie ne correspondrait pas au mandat. De plus, il ne doit pas déjà exister de norme harmonisée correspondant aux exigences du mandat de normalisation.

Jusqu'à présent, les conditions fondamentales pour l'adoption de Spécifications communes, ainsi que les règles prescrites pour leur élaboration, se

trouvent uniquement dans divers actes juridiques sectoriels, par exemple dans le règlement Machines<sup>2</sup> ou dans le règlement relatif à l'intelligence artificielle<sup>3</sup>. Il n'existe aucun cadre réglementaire horizontal pour cet instrument. Ces actes juridiques individuels ne contiennent par ailleurs aucune indication sur la manière exacte dont la Commission européenne élabore les textes d'un niveau technique avancé que sont les spécifications communes, et sur la manière dont elle assure l'expertise nécessaire à cet effet.

## La position de la KAN

En sa fonction de porte-parole de la SST allemande auprès de la normalisation, la KAN défend donc la position suivante :

- Le travail de normalisation est régi par des règles qui constituent un fondement important, car elles définissent comment se composent les comités en charge des travaux, comment les parties prenantes peuvent y participer et par quelles procédures les documents de travail sont validés en vue de leur publication. La KAN estime que les Spécifications communes devraient, elles aussi, être élaborées et adoptées sur la base de critères clairs et juridiquement contraignants, dans le cadre d'une procédure transparente.
- Afin d'éviter la fragmentation et l'incohérence de l'ensemble des normes et réglementations, il est nécessaire de réglementer de manière contraignante les conditions, la procédure d'élaboration, l'adoption et la publication des Spécifications communes, et ce dans un cadre juridique horizontal unique, applicable à toutes les réglementations du Marché intérieur.
- L'instrument que sont les Spécifications communes ne devrait être utilisé que dans des cas exceptionnels.

- Fondées sur un consensus, les normes sont, dans l'idéal, élaborées par ceux qui les utilisent, ce qui crée un sentiment de confiance envers le produit final. De plus, toutes les parties prenantes sociétales, notamment les préventeurs, ont potentiellement la possibilité de participer à leur élaboration. La procédure relative aux actes d'exécution prévoit, certes, également une certaine participation de parties prenantes, mais, les Spécifications communes étant des textes réglementaires techniquement pointus, il faudrait que des spécialistes des domaines en question et tous les cercles intéressés, y compris les parties prenantes sociétales, soient impliqués à un stade précoce et puissent faire l'apport de leur expertise.

Dans la Stratégie de l'UE en matière de normalisation<sup>4</sup> publiée en 2022, la Commission a déclaré qu'elle visait une approche horizontale. Celle-ci aura pour objet de définir les critères et procédures visant à déterminer quand et dans quelles conditions la Commission pourra être habilitée à adopter des Spécifications communes. Reste à voir quand et comment la Commission européenne se saisira de ce dossier.

*Ronja Heydecke  
heydecke@kan.de*

*Katharina Schulte  
schulte@kan.de*

Document de position de la KAN sur l'instrument que sont les Spécifications communes de la Commission européenne (en anglais) : [www.kan.de/fileadmin/Redaktion/Dokumente/Basisdokumente/en/EU/KAN\\_position\\_paper\\_Common\\_Specifications.pdf](http://www.kan.de/fileadmin/Redaktion/Dokumente/Basisdokumente/en/EU/KAN_position_paper_Common_Specifications.pdf)



1 Pour en savoir plus : [www.kan.de/publikationen/kanbrief/2/23/](http://www.kan.de/publikationen/kanbrief/2/23/) Les actes d'exécution – un instrument pour une mise en œuvre uniforme du droit de l'UE  
2 <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/?uri=CELEX:32023R1230>  
3 [https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/?uri=OJ:L\\_202401689](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/?uri=OJ:L_202401689)  
4 Une stratégie de l'UE en matière de normalisation, p. 6, <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/PDF/?uri=CELEX:52022DC0031>

## Beaucoup de bruit autour de la norme acoustique ISO 1999

Dans sa version de 2013, la norme ISO 1999 « Acoustique – Estimation de la perte auditive induite par le bruit » est en cours de révision. La KAN a pris position à ce sujet, certaines des modifications proposées étant en effet incorrectes du point de vue scientifique.

La norme ISO 1999 contient un modèle mathématique qui permet de calculer les pertes auditives prévisibles pour des personnes exposées ou non au bruit. Ce modèle implique que l'on connaisse d'une part la perte auditive liée à l'âge de groupes de personnes non exposées au bruit, et de l'autre la perte auditive de groupes de personnes comparables exposées au bruit, mais n'ayant jamais utilisé de protections auditives. Ces valeurs ont été déterminées statistiquement pour le modèle à partir de différentes études. Jusqu'à la version actuelle de 2013 de la norme ISO 1999, le modèle se référait, pour les pertes auditives de groupes de personnes non exposées au bruit, à la norme ISO 7029 de 1984 : « Acoustique – Seuil normal d'audition par conduction aérienne en fonction de l'âge et du sexe pour les personnes otologiquement normales ». Cette norme repose sur des données publiées provenant de différentes études et rigoureusement vérifiées. Grâce à ces données d'études, la norme ISO 1999 a permis, il y a près de 35 ans, de décrire dans le modèle l'effet sur l'ouïe induit uniquement par le bruit, de manière à pouvoir le prédire également pour les groupes exposés.

Pour la révision actuelle de l'ISO 1999, les données relatives à la perte auditive liée à l'âge proviennent seulement de deux études. Or, du point de vue de la KAN, ces données ne sont pas appropriées. La perte auditive naturelle pour les groupes non exposés au bruit, valeur sur laquelle repose le nouveau modèle, est estimée comme étant plus faible que c'était le cas auparavant. Il en résulte que, pour les groupes exposés au bruit, le calcul présenté dans le nouveau projet de



la norme ISO 1999 fait apparaître un impact du bruit sur l'ouïe humaine plus élevé que celui estimé dans l'ancien modèle. Selon ce raisonnement, une exposition de plusieurs années à un bruit de 80 dB suffirait déjà pour entraîner une perte auditive accrue pour les groupes exposés au bruit. Or, il ressort d'autres études qu'une exposition au bruit égale ou inférieure à 80 dB(A) n'entraîne pas de changement perceptible du seuil d'audition, même après plusieurs années d'exposition.

### Les conséquences pour la SST

Lorsque certaines valeurs limites d'exposition et valeurs déclenchant l'action sont dépassées, les employeurs sont tenus de prendre des mesures de protection. Afin d'évaluer ces valeurs pour la directive européenne sur la protection des travailleurs contre les risques dus aux agents physiques (bruit) sur le lieu de travail (2003/10/CE), la Commission européenne s'est basée sur la norme ISO 1999 de 1990. Si le projet actuel est publié en tant que norme et pris comme référence lors d'une révision de la directive, les valeurs limites d'exposition et valeurs déclenchant l'action pourraient se trouver notablement abaissées. À ce jour, des mesures de protection s'imposent pour les travailleurs à partir d'un niveau d'exposition quotidienne au bruit de 85 dB. Selon le nouveau projet de norme, ces mesures devraient être prises dès 77 dB – et ce bien qu'il n'existe aucune donnée scientifique avérée le justifiant. Or, cette valeur peut éventuellement être déjà dépassée lors de l'utilisation d'un aspirateur ou dans une cabine d'avion, ce qui obligerait les travailleurs exposés à porter des protections auditives si aucune autre mesure n'est possible.

L'abaissement des valeurs limites pourrait donc déboucher sur des mesures de protection qui seraient non seulement inutiles du point de vue scientifique, mais auraient aussi des conséquences pour des catégories de personnes concernées :

- les fabricants, qui devraient modifier la conception de leurs produits pour les rendre moins bruyants ;
- les employeurs, qui devraient prendre plus tôt des mesures de protection techniques, organisationnelles ou personnelles ;
- les employés, qui seraient éventuellement obligés de porter plus souvent des protections auditives.

Les employeurs doivent évaluer les risques auxquels sont exposés les travailleurs et prendre les mesures en conséquence. Ces mesures doivent alors, par principe, être appropriées, nécessaires et proportionnées. Avec les modifications apportées à la norme, elles ne seraient plus en adéquation avec ces critères.

### La position de la KAN

Durant l'été 2024, la KAN a soumis au DIN un avis dans lequel elle rejette l'actuel projet de l'ISO 1999. En septembre 2024, le groupe-miroir allemand s'est prononcé contre le projet de norme, et le DIN a voté dans ce sens auprès de l'ISO. Le résultat de ce vote international a été le rejet du projet. Les discussions sont toutefois encore en cours à l'échelle internationale, et la question de savoir si un projet révisé sera publié et, si oui, sous quelle forme, n'est pas encore tranchée.

*Anna Dammann  
dammann@kan.de*

# Trois questions à... Ilka Wölfle, directrice de la Représentation des caisses de sécurité sociale allemande en Europe

Ilka Wölfle nous parle des missions et des sujets d'actualité de la Représentation des caisses de sécurité sociale allemande en Europe (DSV), qui représente au niveau européen les intérêts des assurances allemandes retraite, maladie, dépendance et accidents.



© Frank Nürnberger

## Sur quel genre de dossiers et de quelle manière travaillez-vous au quotidien à la DSV ?

Notre bureau est situé à proximité immédiate des institutions européennes, et c'est précisément là que se trouvent nos principaux interlocuteurs. L'une de nos principales missions consiste à nous renseigner sur les projets de loi en cours, et sur ce que la Commission planifie pour l'avenir. Nous devons ensuite évaluer si – et le cas échéant comment – ces projets sont susceptibles d'avoir un impact sur la sécurité sociale. Par le biais de contacts personnels au sein de notre vaste réseau, nous nous efforçons alors d'influer sur les décisions politiques. Nous sommes pour cela régulièrement en contact avec des acteurs politiques, auxquels nous proposons notre expertise, comme aide pour une prise de décision.

Un bon exemple de cette démarche est l'exposition à l'amiante sur le lieu de travail. À la fin de l'année dernière, une proposition de directive a été adoptée, qui, avec effet en décembre 2025, réduira l'actuelle valeur limite de 0,1 à 0,01 fibre d'amiante par cm<sup>3</sup>. Nous avons eu en amont des échanges avec la Commission européenne et avec des députés pendant la procédure législative, pour expliquer ce qui était fondamentalement faisable dans la pratique. Pour nous,

l'important était surtout que la nouvelle valeur limite soit mesurable en utilisant les méthodes existantes. Nous devons pour cela expliquer les subtilités et détails techniques de la manière la plus simple et plausible que possible, et ce non seulement en allemand, mais parfois également en anglais et en français. Les États membres ont jusqu'à décembre 2029 pour adapter leurs méthodes de mesurage. Après cette période de transition, seule la microscopie électronique sera en effet autorisée pour la détection des fibres d'amiante.

Il va sans dire que nous avons régulièrement des échanges avec les organismes que nous représentons à propos des initiatives importantes, en nous concertant à propos de nombreux sujets. Il y a des semaines où je discute un jour de sujets concernant la SST, et les jours suivants de médicaments, de dispositifs médicaux, de produits chimiques ou encore de la protection sociale de personnes travaillant via des plateformes. S'ajoutent à cela de nombreuses initiatives et discussions en rapport avec l'évolution démographique, numérique et environnementale. Il peut s'agir par exemple de la question de savoir comment garantir un revenu convenable aux personnes âgées, dans une société vieillissante.

## Quels sont vos liens avec le monde de la SST et avec la KAN ?

Nous partageons avec la KAN un enjeu commun : mettre des lieux de travail sûrs et sains à la disposition des travailleurs. La normalisation joue un rôle important, notamment quand il s'agit de la sécurité des produits. Mais nous avons aussi souvent des points de contact avec la normalisation sur d'autres sujets en rapport avec la SST. Ainsi, nous suivons ensemble les avancées dans le domaine de l'intelli-

gence artificielle, et avons beaucoup échangé ces dernières années au sujet de la modification du Règlement européen sur les machines. Pour toutes les initiatives de la Commission qui ont trait à la SST, l'expertise de la KAN est très précieuse, et nous sommes heureux de pouvoir tout simplement décrocher le téléphone et joindre son Secrétariat. J'ai souvenir de nombreuses discussions, il y a quelques années, à propos des efforts déployés au niveau européen pour élaborer des normes relatives aux services de santé. Nous avons alors également lancé des activités communes qui visaient à faire avancer le sujet dans la bonne direction. Nos échanges réguliers resteront importants durant la présente législature, car l'évaluation du Règlement sur la normalisation est un sujet qui ne préoccupe pas seulement la KAN, mais aussi la DSV.

## Quel rôle joue l'ESIP, la plateforme européenne des institutions de Sécurité sociale, au bureau de laquelle vous siégez, pour la sécurité sociale allemande ?

L'ESIP regroupe 45 organismes de sécurité sociale de 17 pays européens. Nous y avons la possibilité d'échanger entre nous et de trouver des solutions communes aux défis tels que la numérisation ou le changement climatique, et ce malgré des conceptions différentes d'un système à l'autre. De plus, les institutions européennes basées à Bruxelles, et en particulier la Commission européenne, s'intéressent surtout aux opinions européennes. C'est pourquoi nous faisons l'apport de nos positions allemandes au sein de l'ESIP, en faisant ensuite en sorte – en collaboration avec nos partenaires – qu'elles débouchent sur une seule voix européenne. L'ESIP fait donc office de porte-parole de la sécurité sociale en Europe.

# La prévention des accidents du travail et des maladies professionnelles en Italie

L'INAIL est un acteur central de la SST en Italie. Combinant des actions de sensibilisation et des mesures de soutien technique, d'incitation économique et de surveillance des risques, le système de prévention qu'il a créé implique activement toutes les parties prenantes, depuis les institutions jusqu'aux travailleurs, en passant par les entreprises.

À son origine, l'INAIL (Institut national d'assurance contre les accidents du travail<sup>1</sup>) a été créé pour exercer uniquement une activité d'assurance. Au fil des décennies, cet organisme à but non lucratif a toutefois considérablement élargi son champ d'action et contribue aujourd'hui de manière notable à la prévention des accidents du travail et des maladies professionnelles. L'INAIL propose des informations, des formations, une assistance et des conseils en matière de SST, en particulier à l'adresse des très petites entreprises (TPE) et des petites et moyennes entreprises (PME). Ces tâches sont assumées par différents spécialistes, issus notamment des domaines de l'ingénierie, de la chimie, de la biologie et de la géologie. Ce sont eux qui, par leurs connaissances et compétences, façonnent de manière essentielle le travail de prévention de l'Institut.

## Financement et incitations pour les entreprises

L'instrument le plus efficace de l'INAIL pour soutenir les entreprises est certainement l'ISI<sup>2</sup>, projet de subvention au titre duquel plusieurs centaines de millions d'euros sont mis à disposition chaque année pour des projets visant à améliorer la sécurité et la santé au travail. Au titre de l'ISI, l'INAIL accorde par exemple des subventions qui servent à financer l'achat de machines sûres, la mise en œuvre de mesures visant à réduire les risques lors d'activités particulièrement dangereuses, l'élimination de matériaux contenant de l'amiante, ainsi que la mise en place de systèmes de management de la SST et de modèles d'organisation et de gestion (MOG). L'INAIL rembourse aux entreprises 65 % de leur investissement. En 2023, ces subventions ont atteint au total la somme record de 508 millions d'euros. Il existe en outre différentes possibilités de financement ciblant des programmes de formation professionnelle et d'information.

Un autre instrument de soutien financier consiste à exonérer les entreprises présentant un niveau particulièrement élevé de sécurité d'une partie de leur prime d'assurance. La réduction ainsi accordée va de 28 % pour les TPE à 5 % pour les plus grandes entreprises. Grâce à un système de bonus/malus, les entreprises



© lauritta - stock.adobe.com

peuvent bénéficier d'autres réductions substantielles pouvant atteindre 49 %, qui sont calculées en fonction de l'évolution de la fréquence des accidents.

### Promotion de la culture de la prévention

L'un des piliers essentiels du travail de prévention de l'INAIL consiste à promouvoir la SST par le biais de campagnes d'information, de formations et de publications spécialisées. S'adressant particulièrement aux cadres, conseillers et représentants du personnel, les formations conçues par l'INAIL s'inscrivent dans le concept de l'apprentissage tout au long de la vie. L'Institut travaille en outre en collaboration avec des écoles, des universités et autres établissements d'enseignement afin de transmettre des connaissances portant sur des risques professionnels spécifiques et sur les mesures visant à les réduire.

### Assistance et conseil

Opérant en coopération avec les organisations patronales et les syndicats, l'INAIL propose, en particulier aux TPE et aux PME, une assistance technique et professionnelle, des conseils sur les opérations en entreprise, ainsi que des suggestions en matière d'innovations techniques dans le domaine de la SST. L'Institut aide en outre les entreprises en promouvant et validant des bonnes pratiques et lignes directrices, et en élaborant des lignes directrices sectorielles pour la mise en place de systèmes de management de la SST et des modèles d'organisation et de gestion qui s'y rapportent.

On mentionnera particulièrement des outils de travail adaptés spécialement à des métiers donnés, ainsi que des applications d'évaluation et de réduction des risques, comme par exemple un instrument permettant d'évaluer soi-même la qualité des mesures de prévention (VPS), ou encore un programme disponible gratuitement sur le site web de l'INAIL, qui calcule combien coûte une non-sécurité (CO&SI)<sup>3</sup>.

### Recherche, normalisation et autres activités

De nombreuses autres activités de l'INAIL contribuent à prévenir les accidents du travail et les maladies professionnelles. Par sa recherche scientifique, il favorise l'adoption de technologies de sécurité innovantes dans les entreprises : des études et travaux de recherche mettent en évidence les risques nouveaux dans le monde du travail, liés notamment aux nouvelles technologies, aux produits chimiques dangereux, aux maladies professionnelles émergentes ou encore à des changements dans l'environnement de travail.

Il convient de mentionner également le suivi et la gestion informatique du Système national d'information pour la prévention (SINP)<sup>4</sup>. Regroupant de nombreux acteurs des domaines de la prévention et de la surveillance, le SINP a pour vocation de fournir des données utiles pour la planification, la mise en œuvre et l'évaluation de l'efficacité des mesures de prévention.

L'INAIL opère également à l'international. Il fait office de point focal italien de l'Agence européenne pour la sécurité et la santé au travail (EU-OSHA) et entretient des relations avec l'Association internationale de sécurité sociale (AISS). Plus de 130 experts de l'INAIL participent à plus de 250 comités de normalisation nationaux et internationaux, faisant ainsi de l'Institut l'un des membres les plus importants de l'organisme italien de normalisation (UNI). De plus, l'INAIL est membre de soutien de l'organisme italien d'accréditation Accredia.

*Antonio Terracina*  
*Coordinateur central pour le*  
*conseil technique en matière*  
*de SST*  
**INAIL**

1 [www.inail.it/portale/it/multilingua/francais.html](http://www.inail.it/portale/it/multilingua/francais.html)

2 [www.inail.it/portale/prevenzione-e-sicurezza/it/prevenzione-e-sicurezza/finanziamenti-per-la-sicurezza/incentivi-alle-imprese/bando-isi-2023.html](http://www.inail.it/portale/prevenzione-e-sicurezza/it/prevenzione-e-sicurezza/finanziamenti-per-la-sicurezza/incentivi-alle-imprese/bando-isi-2023.html) (en italien)

3 [www.inail.it/portale/prevenzione-e-sicurezza/it/come-fare-per-migliorare-la-salute-e-la-sicurezza/software/co-si--costi-e-sicurezza.html](http://www.inail.it/portale/prevenzione-e-sicurezza/it/come-fare-per-migliorare-la-salute-e-la-sicurezza/software/co-si--costi-e-sicurezza.html) (en italien)

4 [www.inail.it/portale/prevenzione-e-sicurezza/it/prevenzione-e-sicurezza/prevenzione-per-la-salute-e-la-sicurezza-sul-lavoro/sinp.html](http://www.inail.it/portale/prevenzione-e-sicurezza/it/prevenzione-e-sicurezza/prevenzione-per-la-salute-e-la-sicurezza-sul-lavoro/sinp.html) (en italien)

## Le CEN et le CENELEC continuent de se faire conseiller en matière de SST

Le CEN (Comité Européen de Normalisation) et le CENELEC (Comité Européen de Normalisation Électrotechnique) ont mis en place différents organes qui les conseillent sur certains domaines de la normalisation ou sur des sujets transversaux. Le Sector Forum OHS (SECT/SF OHS) est un organe consultatif dédié à la SST. Ce forum offre aux préventeurs une excellente possibilité de se concerter avec des spécialistes de différents pays européens et de développer des initiatives pour le travail des institutions européennes de normalisation. Le SECT/SF OHS est actuellement présidé par la directrice de la KAN, tandis que le DIN en assure le secrétariat.

Dans le cadre d'un examen de leurs structures et procédures, le CEN et le CENELEC ont également procédé à la révision de tous leurs organes consultatifs. L'une des conclusions en est que le CEN SECT/SF OHS sera converti en un groupe consultatif stratégique du CEN/CENELEC prévu pour une durée de deux ans. La bonne nouvelle pour la SST : considérant la SST comme étant un sujet stratégique, le CEN et le CENELEC souhaitent continuer à se faire conseiller à ce sujet.

## Le DIN met en place un Technical Coordination Board

Le nouveau Technical Coordination Board (TCB) a pour vocation d'assumer au sein du DIN une fonction charnière entre les cercles stratégiques et les comités de normalisation, et de contribuer à coordonner efficacement le travail de normalisation, en allant dans le sens des objectifs stratégiques du DIN.

La mission du TCB ne consiste pas seulement à définir les futurs sujets prioritaires en matière de normalisation et de standardisation. Il devra également « traduire » les prescriptions définies par les cercles stratégiques du DIN pour les adapter au travail concret de normalisation, notamment par des recommandations et des instructions à l'adresse des comités de normalisation. Une autre mission importante du TCB sera de renforcer la représentation des intérêts allemands auprès de la normalisation européenne et internationale.

La première réunion du TCB s'est tenue le 28 novembre 2024. Corrado Mattiuzzo, qui dirige la section technique et scientifique du Secrétariat de la KAN, a été délégué pour travailler au sein du TCB. Le comité compte 9 membres au minimum et 21 au maximum. Les membres sont élus par les présidents des comités de normalisation du DIN.

## L'ISO a un nouveau format : les Open Consultations

Avec son programme d'Open Consultations, l'organisation internationale de normalisation ISO teste une nouvelle

approche : il s'agit de comités dont le format se distingue de celui des comités traditionnels de l'ISO dans la mesure où il se compose aussi de personnes extérieures au système de l'ISO, voire au monde de la normalisation.

Les Open Consultations se tiennent sous la forme d'un ou de plusieurs ateliers. L'objectif consiste non seulement à déterminer les besoins de normalisation dans des domaines nouveaux et innovants, mais aussi à définir les attentes en termes de normes émanant des groupes d'intérêt concernés par le sujet en question. Ce ne sont pas des documents normatifs qui sont élaborés, mais des documents d'information publics qui sont transmis au Conseil de l'ISO et contiennent des recommandations quant aux mesures à prendre pour la normalisation.

Une Open Consultation est déclenchée par la proposition d'une organisation membre, proposition qui doit être validée par le Conseil de l'ISO. Suit alors un appel public à la participation, afin de réunir des experts pour le travail.

[www.iso.org/open-consultation.html](http://www.iso.org/open-consultation.html)

## Brèves de l'UE

### Mise en œuvre du règlement sur l'IA

Le Parlement européen a mis en place un groupe de travail inter-commissions chargé de surveiller la mise en œuvre du règlement sur l'intelligence artificielle ((UE) 2024/1689). Créé récemment par la Commission européenne, l'Office européen de l'IA est, lui aussi, appelé à jouer un rôle clé dans la mise en œuvre du règlement. Un organe scientifique, qui doit être encore mis en place par la Commission, conseillera et assistera l'Office et les autorités nationales de surveillance du marché dans la mise en œuvre et l'application du règlement.

### Le Conseil européen adopte le Cyber Resilience Act

Le 10 octobre 2024, le Conseil de l'Union européenne a adopté formellement le texte de compromis issu des négociations interinstitutionnelles (« trilogues ») sur le règlement concernant les exigences horizontales en matière de cybersécurité pour les produits comportant des éléments numériques. La nouvelle loi introduit des exigences en matière de cybersécurité à l'échelle de l'UE pour la conception, le développement, la production et la mise à disposition sur le marché de produits matériels et logiciels.

Communiqué de presse du Conseil : <https://t1p.de/v5mtk>

### Règlement sur les produits de construction

Le 5 novembre 2024, le Conseil de l'Union européenne a adopté le texte de compromis du règlement sur les produits de construction, qui avait auparavant été également approuvé par le Parlement européen. La publication au Journal officiel de l'UE et l'entrée en vigueur 20 jours plus tard devraient intervenir avant la fin de l'année.

Communiqué de presse du Conseil : <https://t1p.de/66ny0>

# Termine / Events / Agenda



08.-09.01.25 » Mannheim

Seminar

**CE-Kennzeichnung im Maschinen- und Anlagenbau**

VDI Wissensforum

[www.vdi-wissensforum.de/weiterbildung-maschinenbau/ce-kennzeichnung](http://www.vdi-wissensforum.de/weiterbildung-maschinenbau/ce-kennzeichnung)

16.01.25 » Online

Webinar

**Introduction to CEN-CLC/JTC 23 - Horizontal Topics for PPE**  
CEN-CENELEC

[www.cencenelec.eu/news-and-events/events/2024/2025-01-16-webinar-jtc23](http://www.cencenelec.eu/news-and-events/events/2024/2025-01-16-webinar-jtc23)

29.-30.01.25 » Essen/Online

Fachkonferenz

**Arbeitsschutztagung 2025**

Haus der Technik

[www.hdt.de/arbeitsschutztagung-h020011286](http://www.hdt.de/arbeitsschutztagung-h020011286)

20.02.25 » Online

Webinar

**Digitale Ergonomie**

AUVA

<https://auvkurs.at> Digitale Ergonomie

06.-07.03.25 » Friedrichshafen

Fachkongress

**12. Tage der Ergonomie**

ECN – Ergonomie Kompetenz Netzwerk e.V.

[www.e-c-n.de/kongresse/tde\\_ankuendigung\\_1.htm](http://www.e-c-n.de/kongresse/tde_ankuendigung_1.htm)

10.-13.03.25 » Online

Crashkurs

**EU-Maschinenverordnung vs. Maschinenrichtlinie**

VDI Wissensforum

[www.vdi-wissensforum.de/weiterbildung-maschinenbau/eu-maschinenverordnung-vs-mrl](http://www.vdi-wissensforum.de/weiterbildung-maschinenbau/eu-maschinenverordnung-vs-mrl)

11.03.25 » Linz (A)

Seminar

**Ergonomisch gestalten – Sicher, gesund, wirtschaftlich**

AUVA

<https://auvkurs.at> Ergonomisch gestalten

19.03.25 » Wien (A)

Seminar

**Industrieroboter**

AUVA

<https://auvkurs.at> Industrieroboter

25.-27.03.25 » Aachen

Frühjahrskongress

**Arbeit 5.0: Menschzentrierte Innovationen für die Zukunft der Arbeit**

Gesellschaft für Arbeitswissenschaft e.V.

<https://gfa2025.de>

02.-03.04.25 » Essen/online

Seminar

**Grundlagen der Maschinen- und Anlagensicherheit**

Haus der Technik

[www.hdt.de](http://www.hdt.de) Anlagensicherheit

20.-22.05.25 » Wien

Kongress

**Forum Prävention International**

AUVA

<https://auva.at/veranstaltungen/forum-praevention-international-2025>

16.-19.06.25 » Newcastle (GB)

Konferenz

**OH2025: The Workplace Health Protection Conference**

BOHS

[www.bohs.org/events-networking/events/upcoming-events](http://www.bohs.org/events-networking/events/upcoming-events)

15.-17.07.25 » Dresden

Fachveranstaltung

**DGUV-Fachgespräch "Lithium-Ionen-Akkus & eMobility"**

IFA/BGHM/FB ETEM/FBHL

[www.dguv.de/ifa/veranstaltungen/aktuelle-veranstaltungen](http://www.dguv.de/ifa/veranstaltungen/aktuelle-veranstaltungen)

## Bestellung / Ordering / Commande

[www.kan.de](http://www.kan.de) » Publikationen » KANBrief » KANBrief-Bestellservice (kostenfrei)

[www.kan.de/en](http://www.kan.de/en) » Publications » KANBrief » KANBrief subscription (free of charge)

[www.kan.de/fr](http://www.kan.de/fr) » KANBrief (gratuit)



Gefördert durch:



Bundesministerium  
für Arbeit und Soziales

aufgrund eines Beschlusses  
des Deutschen Bundestages

Herausgeber / publisher / éditeur

Verein zur Förderung der Arbeitssicherheit in Europa e.V. (VFA)  
mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für Arbeit  
und Soziales

Redaktion / editorial team / rédaction

Kommission Arbeitsschutz und Normung (KAN), Geschäftsstelle  
Sonja Miesner, Michael Robert  
Tel. +49 2241 231 3450 · [www.kan.de](http://www.kan.de) · [info@kan.de](mailto:info@kan.de)

Verantwortlich / responsible / responsable

Angela Janowitz, Alte Heerstr. 111, D – 53757 Sankt Augustin

Übersetzung / translation / traduction

Odile Brogden, Marc Prior

Publikation

vierteljährlich / published quarterly / parution trimestrielle

ISSN: 2702-4024 (Print) · 2702-4032 (Online)